

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
Vorwort.....	2
Kurzfassung.....	3
1 Einleitung.....	8
1.1 Ziele und Inhalt der Untersuchung.....	8
1.2 Eine Gemeinde als Partner.....	8
2 Dokumentation der Partnerschaften.....	12
3 Die Struktur der Partnerschaften.....	39
3.1 Wie wurde erhoben?.....	39
3.2 Ergebnisse.....	40
4 Analyse.....	64
4.1 "Die typische Gemeindepartnerschaft" als Ergebnis der Erhebung.....	64
4.2 Einschätzung der Partnerschaften durch die Gemeinde.....	64
5 Förderung von Gemeindepartnerschaften.....	66
5.1 Die Förderung von Gemeindepartnerschaften durch die EU.....	66
5.2 Die EU-Kooperationsprogramme.....	68
5.3 Das KTC im Österreichischen Städtebund.....	69
6 Empfehlungen für das Eingehen einer Partnerschaft.....	70
7 Beispiele für erfolgreiche Einzelaktionen im Rahmen von Gemeindepartnerschaften.....	72
8 Auszeichnungen von Gemeindepartnerschaften.....	75
Bibliographie.....	79
Anhang: Der Fragebogen.....	81
Zuschußantrag "Städtepartnerschaften"	

Vorwort

Bereits zum zweitenmal beschäftigt sich das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum mit dem Thema "Kommunale Partnerschaften": Wurden im Jahre 1988 in einer Publikation österreichische Städtepartnerschaften mit der Dritten Welt behandelt, sollen nun die internationalen Verflechtungen österreichischer Gemeinden erfaßt und analysiert werden. Die Europäische Union, deren Mitglied nunmehr auch Österreich ist, fördert solche Partnerschaften unter bestimmten Voraussetzungen. Für die Gemeinden Österreichs ist es zur Inanspruchnahme dieser Mittel wichtig, über die Förderkriterien Bescheid zu wissen - vor allem, wenn an das Eingehen neuer Partnerschaften gedacht ist.

Neben einer Dokumentation internationaler Partnerschaften österreichischer Gemeinden wird auch auf eine Reihe inhaltlicher Aspekte eingegangen. Die Ausführungen dazu mögen als praxisbezogene Anleitung für die Kommunen dienen, die neue Partnerschaftsverträge schließen oder bestehende Partnerschaften beleben wollen.

Gemeindepartnerschaften als ein Instrument auf lokaler Ebene zur Verwirklichung der Vision vom geeinten Europa sollen Menschen zusammenführen, Verständnis für die Lebensweise, für die Probleme des Anderen und oft noch Fremden schaffen. Durch eine intelligente und effiziente Planung und Durchführung der offiziellen Partnerschaften, aber auch der informellen Kooperationen zwischen den Gemeinden Europas, wird das so häufig strapazierte Schlagwort der Völkerverständigung mit neuen Inhalten versehen. Gleichzeitig werden auch Ansatzpunkte für die fremdsprachenorientierte Zusammenarbeit von Schulen oder für die Teilnahme an EU-geförderten europaweiten Netzwerken zum Erfahrungsaustausch über innovative Lösungen kommunaler Fragen geschaffen. Der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund tragen zu diesen Bemühungen durch zahlreiche Hilfestellungen bei, die von der Vermittlung partnerschaftswilliger Gemeinden über die Bereitstellung von Informationen und Verwaltungshilfe bis hin zur Vertretung bei der Europäischen Union in Brüssel reichen.

Wien, im Mai 1997

Dr. Michael Häupl

Mag. Franz Romeder

Präsident des
Österreichischen Städtebundes
Gemeindebundes

Präsident des
Österreichischen

Kurzfassung

Gemeinden werden Partner

Kommunale Partnerschaften werden definiert als "das Treffen von zwei oder mehreren Gemeinden, die gemeinsam verkünden, daß sie sich verbinden, um mit einer europäischen Perspektive zu handeln, um ihre Probleme gemeinsam zu lösen und um untereinander immer engere Freundschaftsbeziehungen zwischen den Bürgern zu entwickeln" (J. Bareth, Die Gemeinde und Europa, 1953, S. 16).

Die Idee der Gemeindepartnerschaften - in ihrer heutigen Form - entstand nach dem Zweiten Weltkrieg. In der Einsicht der Notwendigkeit eines definitiven Friedens zwischen den Völkern ging man davon aus, daß eine Völkerverständigung nicht allein auf der Ebene der Politik erfolgen könne, sondern daß auch die Bevölkerung aktiv einbezogen werden müsse.

Die gegenseitige Annäherung kann durch allgemeine Austauschprogramme, Aus- und Weiterbildungsprogramme, kulturelle und gesellschaftliche Aktivitäten, Sportveranstaltungen, touristische Aktivitäten, Wirtschaftskooperation sowie in Know-how- und Technologietransfer erfolgen. Entscheidend für das Gelingen einer Partnerschaft sind Einigkeit über die Partnerschaftsziele, der Wille zur Überbrückung von Sprachbarrieren, aber auch sich ähnelnde bzw. sich ergänzende Strukturen (Größe der Administrationseinheit, geographische Lage, soziokulturelles Umfeld) oder das Vorhandensein von attraktiven Anknüpfungspunkten (historische Beziehungen, Tourismus).

Die österreichischen Gemeindepartnerschaften in Zahlen

Das KDZ hat in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Städtebund und dem Österreichischen Gemeindebund insgesamt 719 Gemeindepartnerschaften und interkommunale Kooperationen zwischen österreichischen und ausländischen Gemeinden festgestellt. Diese 719 Kontakte verteilen sich auf 487 Gemeinden; 20 Prozent der österreichischen Gemeinden pflegen also Partnerschaften und Kooperationen mit ausländischen Gemeinden. Von diesen 719 Kontakten sind 610 "echte" Partnerschaften (d.h. sie gründen sich auf einen formellen Gemeinderatsbeschluß), die von 434 österreichischen Gemeinden eingegangen wurden. Durch die Mitarbeit der Gemeinden im Zuge der Fragebogenaktion des KDZ - es wurden an 225 Städtebund- und 2.330

Gemeindebundmitgliedsgemeinden Fragebögen versendet - konnten 450 dieser Partnerschaften und Kooperationen (von 280 Gemeinden), d.s. 67 Prozent aller Partnerschaften, näher untersucht werden. Die durchschnittliche Anzahl von Partnerschaften und Kooperationen pro österreichischer Gemeinde (die solche Kontakte pflegt) beträgt 1,48 (in Kärnten: 1,97, in Salzburg: 1,71).

76 Prozent aller Partnerschaften und Kooperationen entfallen auf Gemeinden in den unmittelbaren Nachbarstaaten Österreichs. Allein 47 Prozent aller Partnerschaften bestehen mit deutschen Gemeinden (Italien 12 Prozent, Ungarn 7 und Tschechien 5 Prozent).

Die meisten Partnerschaften entfallen auf die Gemeinden in den Bundesländern Kärnten und Niederösterreich (je 136), Tirol (122) und Oberösterreich (116). Die meisten Gemeinden mit Partnerschaften gibt es ebenfalls in den Bundesländern Niederösterreich (94), Tirol (88) und Oberösterreich (86). Bezogen auf die Gesamtanzahl der Gemeinden in den Bundesländern unterhalten in Kärnten 52 Prozent, in Tirol 32 Prozent und in Salzburg 29 Prozent der Gemeinden Gemeindepartnerschaften.

Mehr als die Hälfte aller österreichischen Gemeinden mit 5.000 bis 10.000 Einwohnern pflegen Partnerschaften, bei den größeren Gemeinden (mit 10.000 bis 50.000 Einwohnern) ist dieser Prozentsatz mit über 80 Prozent noch höher. Österreichweit haben 43 Prozent der Bevölkerung die Möglichkeit, sich in einer Partnerschaft ihrer Wohnsitzgemeinde zu engagieren. Für Bürger, die in Klein- und Mittelstädten wohnen (10.000 bis 50.000 Einwohner), steigt dieser Prozentsatz auf 86 Prozent an (Kleingemeinden bis 1.500 Einwohner: 12 Prozent). 73 Prozent aller Kärntner, 61 Prozent aller Tiroler, aber nur 24 Prozent aller Burgenländer wohnen in Gemeinden, die institutionalisierte freundschaftliche Kontakte mit ausländischen Gemeinden unterhalten.

Dokumentation der Partnerschaften

Im Auftrag des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes hat das KDZ als Hauptbestandteil dieser Studie eine Dokumentation der österreichischen Gemeindepartnerschaften erarbeitet. Um die hierfür erforderlichen Informationen zu erlangen, versandte das KDZ in Kooperation mit dem Österreichischen Städtebund und dem Österreichischen Gemeindebund Fragebögen. Die auf diese Weise bis Ende 1996 erhobenen 450 und die beim Österreichischen Städtebund sowie einigen Landesgruppen des

Gemeindebundes bekannten 269 Partnerschaften und Kooperationen werden hinsichtlich folgender Merkmale dokumentiert: österreichische Quellgemeinde (mit Angabe des politischen Bezirkes und des Bundeslandes), Zielgemeinde (mit Angabe der Region/des Bundeslandes und des Ziellandes), Gründungsjahr der Partnerschaft, Charakter der Partnerschaft (formelle Partnerschaft, Kooperation aufgrund von Einzelabkommen, informelle dauerhafte Zusammenarbeit), Quellenangabe (Information über die Partnerschaft aus der KDZ-Datenerhebung mittels Fragebogen oder aus Listen und Verzeichnissen des Österreichischen Städtebundes bzw. des Österreichischen Gemeindebundes). Die Gemeinde Wien unterhält als solche keine Partnerschaften, neun Bezirke haben jedoch Partnerschaften mit Stadtteilen von Budapest und Tokyo.

Kurz-Analyse der Partnerschaften

Die recht unterschiedlichen Bewertungen der Partnerschaften lassen folgende Einschätzungen für die Mehrheit der Partnerschaften zu:

- Größere Entfernungen zwischen den Partnergemeinden erweisen sich oft als Hindernis für intensivere Kontakte und einen an sich erwünschten weiteren Ausbau der Partnerschaft.
- Für die Pflege von Beziehungen, die über rein offizielle Anlässe hinausgehen, stellen unterschiedliche Sprachen unter Umständen einerseits ein Problem dar, bieten aber andererseits die Chance zu besonderen kulturellen Austauschzielen und Maßnahmen.
- Bei der Wahl der Organisationsform der Partnerschaft (Gemeinde selbst oder Verein) werden zwei Überlegungen in den Vordergrund gestellt: Die Gemeinde als Träger der Partnerschaft hat den Vorteil einer zentralen Anlaufstelle, sie verfügt über die notwendige Büroinfrastruktur und durch direkte Ansprechpartner auf politischer und administrativer Ebene können Aktivitäten gezielt vorbereitet und realisiert werden. Hingegen wird einem Verein als Träger insgesamt mehr Flexibilität bei der Gestaltung und Abwicklung der Kontakte zugeschrieben; außerdem glaubt man, daß durch einen Verein eine breitere Akzeptanz in der Bevölkerung bewirkt wird.
- Als Perspektive für die eigene Partnerschaft werden von österreichischen Gemeindeverantwortlichen vor allem die Ausrichtung auf die Jugend in den Partnerstädten, die Belebung von Kultur und Tourismus durch zahlreichere

Besuche und Austauschprogramme, die Förderung von gegenseitigem Verstehen und Toleranz, verbesserter Erfahrungsaustausch (vor allem, was den Austausch von Verwaltungsverfahren und die Verbesserung der Verwaltungsstruktur betrifft) und damit verbundene Lösungsversuche gemeinsamer Probleme und Förderung von globalem Denken in Zusammenhängen gesehen.

- Die typische österreichische Gemeindeparterschaft erstreckt sich auf wenige EU-Länder sowie Ungarn und Tschechien und hat einen formellen Gemeinderatsbeschuß zugrundegelegt. Geschlossen wurde die Partnerschaft aufgrund guter persönlicher Beziehungen, verwandter Kultur, gemeinsamer Sprache oder gemeinsamer sportlicher Ambitionen. Die Aktivitäten wie Kulturveranstaltungen, Austauschprogramme, Feiern und Feste finden zwei- bis fünfmal pro Jahr statt. Die Akzeptanz durch die Bevölkerung wird als "mittel" eingeschätzt. Für die Partnerschaften geben die Gemeinden etwa S 50.000 jährlich aus.
- Eine weitere Vertiefung der Beziehungen ist meist erwünscht und wird auch angestrebt, stößt aber wegen der knappen Gemeindebudgets an finanzielle Grenzen. Hiefür könnten sich die Gemeinden jedoch mehr als bisher um EU-Förderungen bemühen.
- Beklagt wird die im allgemeinen eher geringe Akzeptanz in der Bevölkerung; die Mitarbeit der Bürger beschränkt sich allzu oft auf Einzelprojekte.

Programme und Förderungen

Die EU gewährt Förderungen für Partnerschaften zwischen Gemeinden aus einem EU-Land mit Gemeinden in einem anderen EU-Land, ferner für Partnerschaften, die engere Kontakte von Gemeinden der EU mit Gemeinden in Mittel- und Osteuropa zum Ziel haben. Nicht förderbar sind Partnerschaften mit außereuropäischen Gemeinden, etwa in Japan oder den USA. Je Gemeinde bzw. Partnerschaft kann jeweils nur ein Zuschuß pro Jahr gewährt werden. Voraussetzung ist ein formeller "Partnerschaftsbeschuß".

Förderungsfähig sind Austauschmaßnahmen zur Vorbereitung und Bildung neuer Partnerschaften, multilaterale Austauschmaßnahmen, Austauschmaßnahmen zwischen Partnergemeinden in benachteiligter geographischer Lage, zwischen Gemeinden mit geringer Einwohnerzahl,

Austauschmaßnahmen für Jugendliche bis 18 Jahre sowie Austauschmaßnahmen zu einem bestimmten Thema, vorzugsweise mit Europabezug.

Die EU gewährt Zuschüsse zu Veranstaltungskosten und zu Fahrtkosten der einzelnen Gemeinden. Darüber hinaus gewährt die EU Förderungen für Kolloquien sowie für einschlägige Fortbildungs- und Informationsseminare der nationalen Städte- und Gemeindeverbände.

Weiters fördert die EU die interkommunale Zusammenarbeit zwischen Gemeinden in EU-Mitgliedsländern durch das Programm PACTE, die interkommunale und interregionale Zusammenarbeit zwischen Städten und Regionen in der EU und denen in Mittel- und Osteuropa und im Mittelmeerraum durch die Programme ECOS-OUVERTURE II und MED-URBS sowie zwischen EU, GUS und der Mongolei durch das Programm TACIS. Ein formeller "Partnerschaftsbeschluß" ist für diese Förderungen nicht erforderlich.

Neben der Förderung durch die EU besteht seit 1992 auch eine spezifische Förderung für Gemeindevertreter aus mittel- und osteuropäischen Reformländern: Der Österreichische Städtebund unterstützt mit seinem Know-how-Center (KTC) aus Mitteln des Bundes den Aufbau föderalistischer Verwaltungsstrukturen durch Studienaufenthalte von Fachleuten und/oder Politikern aus den Reformländern in Österreich und durch Entsendung von österreichischen Experten in Städte der Reformländer.

Erfolgreiche Partnerschaftsarbeit

Durch eine telefonische Befragung der für Partnerschaften zuständigen Personen in den Landeshauptstädten (zusätzlich wurde noch Villach befragt) sollte gezeigt werden, wie verschiedenartig die Inhalte der Partnerschaftsarbeit gestaltet werden und in welchen Bereichen besondere Akzente durch erfolgreiche Einzelaktionen gesetzt werden können.

Erfolgreiche Partnerschaftsarbeit wird vom Europarat und von der Europäischen Kommission mit Auszeichnungen bedacht. So erhielten z.B. allein in den Jahren 1994 bis 1996 z.B. Linz den Europapreis, St. Pölten das Europa-Diplom und Klagenfurt den "Goldenen Stern der Partnerschaft". Diese Auszeichnungen werden für Maßnahmen zuerkannt, die besonders auf die Verbreitung und

Vertiefung des Europagedankens und der Völkerverständigung ausgerichtet sind.

1 Einleitung

1.1 Ziele und Inhalt der Untersuchung

Das KDZ erhielt Ende des Jahres 1995 vom Österreichischen Gemeindebund und vom Österreichischen Städtebund den Auftrag, die bestehenden Partnerschaften und Kooperationen österreichischer Gemeinden zu erfassen und zu dokumentieren. Weiters sollten die Partnerschaften im Hinblick auf Gemeinsamkeiten, Probleme und Tendenzen analysiert und daraus - wenn möglich - Empfehlungen für das Eingehen künftiger Partnerschaften abgeleitet werden. Schließlich sollte auch auf die Fördermöglichkeiten von Gemeindepartnerschaften eingegangen werden.

1.2 Eine Gemeinde als Partner

Die Idee der Gemeindepartnerschaften - in ihrer heutigen Form - entstand nach dem Zweiten Weltkrieg, ist also schon 50 Jahre alt und begann mit der Aussöhnung der Bürger auf kommunaler Ebene zwischen deutschen und englischen Städten. In der Einsicht der Notwendigkeit eines definitiven Friedens zwischen den Völkern ging man davon aus, daß eine Völkerverständigung nicht allein auf der Ebene der Politik erfolgen könne, sondern daß auch die Bevölkerung aktiv einbezogen werden und an einem solchen Prozeß teilnehmen müsse.

Demgemäß werden kommunale Partnerschaften definiert als "das Treffen von zwei oder mehreren Gemeinden, die gemeinsam verkünden, daß sie sich verbinden, um mit einer europäischen Perspektive zu handeln, um ihre Probleme gemeinsam zu lösen und um untereinander immer engere Freundschaftsbeziehungen zwischen den Bürgern zu entwickeln" (Jean Bareth, Die Gemeinde und Europa, 1953, S. 16, zit. bei Wex, S. 10).

Das Instrument Gemeindepartnerschaften kann neben der staatlichen Außenpolitik und einer Vielzahl von privaten und halböffentlichen Einrichtungen auf einer anderen Ebene der Gebietskörperschaften, nämlich den Gemeinden, die Basis für positive Außenkontakte stärken. Diese Kontakte dienen

- einer Annäherung der Völker zur Friedenssicherung,
- der Förderung des Verständnisses für andere Kulturen und Lebensweisen,
- einem kulturellen Austausch und allenfalls auch

- projektbezogener Kooperation.

Heute, wo es in Europa aufgrund der geänderten geopolitischen Lage nicht mehr allein um das Vermeiden von Konflikten geht, sind Gemeindeparschaften unter anderem zu einem Instrument in Dienste der europäischen Einigung geworden. Von der EU werden solche Initiativen gefördert. Schon in der Präambel zum Vertrag von Rom findet sich "der feste Wille, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der Völker zu schaffen".

Gemeindeparschaften, heute getragen von dem Bedürfnis nach dem Austausch von Erfahrungen in allen Bereichen des kommunalen Lebens, bilden ein aktives Element, um europäisches Bewußtsein zu stärken bzw. überhaupt erst zu schaffen. "Die Solidarität zwischen den Bürgern der Mitgliedstaaten, wechselseitiges Verständnis und Zusammenarbeit sind für den Aufbau Europas unabdingbar." (Adonnino-Bericht des Europäischen Rates, Fontainebleau 1984)

Einer der Gründungsväter der Gemeinschaft, Jean Monnet, sagte: "Wir koalieren nicht Staaten, wir führen Menschen zusammen." Letztlich ist dieser Gedanke einer der Leitsätze eines vereinten Europas; Gemeindeparschaften sind eine Möglichkeit, ihn zu verwirklichen.

Eingegangene Partnerschaften - zwischen Individuen wie auch zwischen Gemeinden - müssen gepflegt werden. Maßnahmen dazu bilden

- Austauschprogramme,
- Aus- bzw. Weiterbildungsprogramme,
- kulturelle und gesellschaftliche Aktivitäten,
- Sportveranstaltungen,
- touristische Aktivitäten,
- Wirtschafts- und Verwaltungskooperationen sowie
- Know-how-Hilfe und Technologietransfer.

Das Gelingen all dieser Vorhaben hängt in erster Linie von der Wahl des richtigen Partners ab und natürlich von der Konsequenz in der Verfolgung der für die Partnerschaft gesteckten Ziele.

Halbherzig geschlossene Partnerschaften und/oder mangelhaft gepflegte Freundschaften haben häufig ein Abnehmen der Akzeptanz und der Bereitschaft zur Mitarbeit der Bevölkerung zur Folge; an Kritik wird hauptsächlich vorgebracht:

- Es handle sich ohnehin nur um aus Steuergeld bezahlte Urlaubsreisen von Kommunalpolitikern.
- Es gehe um parteipolitische Motive.
- Der Nutzen käme exklusiv nur einer bestimmten Gruppe zugute.
- Die Kosten für die Allgemeinheit seien keinesfalls gerechtfertigt.
- Für den kommunalen Alltag seien Partnerschaften ohnehin nicht relevant.

Die "Erfolgsstory" einer geglückten Partnerschaft, der diese Kritikpunkte nicht nachgesagt werden können, beginnt, wie bereits erwähnt, bei der Wahl des richtigen Partners. Als Kriterien für die Partnerwahl treffen häufig folgende zu:

- vergleichbare Größe der Gemeinde hinsichtlich der Einwohnerzahl,
- vergleichbare geographische Lage,
- historische Beziehungen,
- Übereinstimmung in wichtigen Partnerschaftszielen,
- ähnliches soziokulturelles Umfeld,
- die Möglichkeit zur Überbrückung von Sprachbarrieren.

Weiters von Bedeutung sind die behutsame Aufnahme erster Kontakte und vorbereitende Besuche kleinerer Delegationen. Viele Fragen sind zu klären, Ziele sind zu setzen und aufeinander abzustimmen - die Finanzierung ist zu sichern, das innere Engagement der betreuenden Kräfte ist zu prüfen, die Beteiligung der Öffentlichkeit ist zu regeln -, ehe es zum offiziellen Eingehen der Verbindung kommt.

Partnerschaft, die Verbindung zweier Gemeinden, kann differenziert ausgeprägt sein: Von der Kooperation oder Freundschaft, die als lose Bindung ohne offiziellen Vertrag auskommt, über die "klassische" Gemeindep partnerschaft auf Basis eines Gemeinderatsbeschlusses bis hin zu Regional- oder Ringpartnerschaften, die multilateralen Charakter haben.

Wesentlich ist es auch, daß Gemeindep partnerschaften quasi Non-Profit-Organisationen sind. Die Breite und Intensität der Partnerschaftsarbeit muß also durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit sichergestellt und durch Anreize des "Managements" stimuliert werden, weil - in der Bevölkerung (und auf die kommt es letztlich an) - nach dem Prinzip der Freiwilligkeit gehandelt wird. Die Akteure sollen sich mit Idee, Führung und Zielen identifizieren, damit sie motivierbar bleiben. Grundsätze, die helfen, dies sicherzustellen, sind:

- Effizienz- und Zukunftsorientierung,

- Ganzheits- und Gleichgewichtsprinzip,
 - Marketing-Orientierung.
- (siehe Wex, 1993)

Es sind vor allem klare Zukunftsperspektiven für die Entwicklung der Partnerschaft, die den Motivationsgrad aller Beteiligten hochzuhalten vermögen. Der langfristige Erfolg wird durch ein hohes Maß an Professionalität bei der Organisation der Partnerschaft und bei der Abwicklung der Aktivitäten sichergestellt. Gemeindeparterschaften spielen eine zunehmend bedeutungsvolle Rolle bei der Bewältigung von wirtschaftlichen, sozialen oder auch umweltpolitischen Problemen. Neben Mandataren und Beamten werden auch mündige Bürger, die am Zeitgeschehen interessiert sind, selbst versuchen wollen, Lösungen zu finden und die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch im Rahmen von Gemeindeparterschaften zu nutzen. Werden Themen wie Raumordnung, Umweltschutz, Transitverkehr, Ausländerintegration, Kriminalitäts- und Drogenbekämpfung, Familienpolitik, Technologieeinsatz oder Arbeitslosigkeit auf breiter Basis diskutiert, bleibt der europäische Gedanke keine leere Floskel, vermindert sich Politikverdrossenheit und verstärkt sich die demokratische Meinungsbildung auf zwischenstaatlicher Ebene. Gemeindeparterschaften sollen ja nichts Gleichbleibendes sein, sondern immer wieder mit neuen Inhalten erfüllt werden. So können sie jetzt beispielsweise auch leicht um die Inhalte der "lokalen Agenda 21" erweitert werden, das heißt Bemühungen um eine dauerhaft umweltgerechte, nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene. Dabei steht der kommunale Klimaschutz im Mittelpunkt dieser Aktivitäten: Lokaler Klimaschutz läßt sich z.B. gut mit abgestimmter kommunaler Energiepolitik in partnerschaftlicher Zusammenarbeit steuern. Mit Gemeindeparterschaften ist somit eine sehr gute Grundlage geschaffen, von der aus gleichzeitig die "nachhaltige Entwicklung" im Sinn von "global denken und lokal handeln" angeregt und dabei eine Vertiefung der Gemeindeparterschaften und der Völkerverständigung erreicht werden kann.

2 Dokumentation der Partnerschaften

Die Dokumentation stützt sich auf dreierlei Materialien:

- Ausgangspunkt war der Katalog, der im Jahr 1984 vom damaligen Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes, Otto Maier, im Auftrag des Rates der Gemeinden Europas zusammengestellt und durch Eintragungen des Österreichischen Städtebundes fortgeführt wurde (bezeichnet mit *).
- Als aktuelle Quelle dienten die Antworten auf die ausgesandten Fragebögen, die von den Gemeinden bis Ende 1996 an das KDZ retourniert wurden: ihre Angaben wurden als maßgeblich angesehen und ihnen Vorrang vor allen anderen eingeräumt.
- Als Kontrolle und Ergänzung wurden Listen aus den Jahren 1993 bis 1995 herangezogen, die die meisten Landesorganisationen des Österreichischen Gemeindebundes zur Verfügung gestellt haben, sowie eine Liste des Österreichischen Städtebundes über die Zusammenarbeit mit Gemeinden in den Ländern des ehemaligen Ostblocks.

Die Dokumentation umfaßt 719 ausländische Partnerschaften und Kooperationen, die von 487 österreichischen Gemeinden eingegangen wurden. Die Stadt Wien als Ganzes unterhält keine Partnerschaften; es sind aber einzelne Wiener Bezirke Partnerschaften mit Stadtbezirken in Tokyo und Budapest eingegangen, wobei sowohl die Wiener Bezirke als auch diese Stadtbezirke wie eigene Gemeinden gezählt wurden.

Zeichenerklärung:

- a formelle Partnerschaft mit Gemeinderatsbeschluß (laut KDZ-Fragebögen)
- b Kooperation aufgrund von Einzelabkommen (laut KDZ-Fragebögen)
- c informelle dauerhafte Zusammenarbeit (laut KDZ-Fragebögen)
- d keine bzw. keine eindeutige Angabe in den KDZ-Fragebögen; d.h.

Charakter

der Partnerschaft nicht definitiv festlegbar

“*” Quellenhinweis (siehe oben): Der Charakter dieser Partnerschaften kann mangels Vorliegen entsprechender Detailinformationen nicht eindeutig festgelegt werden. Der ÖStB und das KDZ gehen jedoch davon aus, daß es

sich ebenfalls um formelle Partnerschaften (vgl. "a") handelt.

d+ "Vereinigung der Gmünder in Europa"

3 Die Struktur der Partnerschaften

3.1 Wie wurde erhoben?

Zur Erhebung des Status-quo bediente sich das KDZ einer großangelegten Fragebogenaktion, die unter Mithilfe des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes durchgeführt wurde. Alle österreichischen Gemeinden, die Mitglieder in einer (oder auch beider) dieser Dachorganisationen sind - somit alle Gemeinden -, haben den zweiteiligen Fragebogen erhalten. Auf mehreren Seiten wurden Fragen zu den verschiedensten Aspekten von Gemeindeparterschaften gestellt; einfaches Ankreuzen sollte Daten und Erfahrungen der bisherigen Partnerschaften erbringen, die dann anderen Gemeinden als Grundlage für das Eingehen neuer Partnerschaften dienen können.

Die Konzeption des Fragebogens trägt einerseits dem Dokumentationsziel und andererseits dem Analyseziel Rechnung. Daher wurde der Fragebogen in zwei Teile untergliedert. Der kürzere erste Teil steht unter dem Titel "Dokumentationsdatenblatt" und dient der Erfassung der Eckdaten jeder einzelnen Partnerschaft.

Der längere zweite Teil des Fragebogens ist mit "Analysedatenblatt" betitelt und beschäftigt sich in erster Linie mit der Organisation, dem Ablauf, den allgemeinen Zielen und Schwerpunkten, aber auch mit finanziellen und zeitlichen Aspekten des Betreibens von Gemeindeparterschaften; dieser Teil wird - auch wenn eine Gemeinde mehrere Partnerschaften unterhält - im Gegensatz zum Dokumentationsblatt nur einmal ausgefüllt, gilt also für die Partnerschaftsarbeit einer Kommune insgesamt. (Die beiden Teile des Fragebogens sind im Anhang beige geschlossen.)

Die aus der schriftlichen Befragung der Gemeinden gewonnenen Daten werden zu einem Gesamtbild zusammengeführt und in einer statistischen Auswertung präsentiert. Die daraus gezogenen Erkenntnisse dienen als Grundlage für das Aufzeigen von Tendenzen und zur Formulierung von Empfehlungen für das Eingehen neuer Partnerschaften.

3.2 Ergebnisse

In den nachstehenden Tabellen und Abbildungen spiegeln sich Aussagen und Einschätzungen jener Personen wider, die die Fragebögen ausgefüllt haben. Wir nehmen generell an, daß der KDZ-Fragebogen in den Gemeinden jeweils an eine Person weitergeleitet wurde, die über genaue Kenntnisse über die eigene(n) Partnerschaft(en) verfügt. Die Angaben sollten daher stichhaltig sein.

Unter dem Begriff "Partnerschaft" werden subsumiert: formelle Partnerschaften durch Gemeinderatsbeschluß, Kooperationen aufgrund von Einzelabkommen und sonstige informelle, aber dauerhafte Zusammenarbeit österreichischer und ausländischer Gemeinden.

Die Auswertungen und Darstellungen hinsichtlich der geographischen Lage der Partnergemeinde, des zeitlichen Bestehens und des Charakters der Partnerschaft beziehen sich auf die Gesamtheit von 719 Partnerschaften in 487 österreichischen Gemeinden. Durch die Fragebogenerhebung des KDZ können 450 dieser Partnerschaften (in 280 Gemeinden) belegt werden. Sämtliche Auswertungen über z.B. den finanziellen, organisatorischen oder inhaltlichen Hintergrund der Partnerschaften beziehen sich auf die Gesamtheit jener 450 Partnerschaften in 280 Gemeinden, von denen das KDZ auf dem Wege der durchgeführten Fragebogenaktion genauere Kenntnisse erlangte. 269 Partnerschaften (dies ist die Differenz auf 719) wurden - basierend auf Listen und Verzeichnissen, welche der Österreichische Städtebund führt - in die Dokumentation (und in Teile der Auswertung) einbezogen. Die Aktualität dieser Listen und Verzeichnisse wurde vom KDZ vor Übernahme der Daten stichprobenweise (unter Zuhilfenahme aktueller Partnerschaftslisten aus den Bundesländern - zur Verfügung gestellt von den Landesorganisationen des Österreichischen Gemeindebundes -, teilweise auch durch telefonische Rückfragen in den Gemeinden) geprüft. Seitens des Österreichischen Städtebundes geht man davon aus, daß praktisch alle dieser 269 Partnerschaften - da sie auf offiziellen Mitteilungen, Pressemeldungen sowie insbesondere auch auf der seinerzeitigen Erhebung des Generalsekretärs des Österreichischen Gemeindebundes beruhen - auf der Grundlage eines formellen Gemeinderatsbeschlusses bestehen, dieser Wert also als potentielle Maximalangabe für die Zahl "echter Partnerschaften" betrachtet werden kann. Das KDZ hat sich für die Zwecke der vorliegenden Auswertung dieser Ansicht angeschlossen.

Zu beachten ist, daß zugunsten einer besseren Übersichtlichkeit Kategorien mit weniger als 50 Nennungen in den Tabellen und Abbildungen unberücksichtigt blieben. Bei den Stabdiagrammen ist darauf hinzuweisen, daß Mehrfachankreuzungen möglich und sogar die Regel waren.

Bei den Bundesländer-Auswertungen wird auffallen, daß Wien in manchen Fällen nicht angeführt wird. Wien pflegt als Gesamtstadt keine Partnerschaften. In die Dokumentation sowie in die Auswertungen hinsichtlich der Dokumentationskriterien (Zielgemeinde/Zielland, Dauer und Charakter der Partnerschaft) wurden die Partnerschaften der Wiener Bezirke jedoch aufgenommen.

Rücklaufquote nach Bundesländern

Die Aussendung der Fragebögen erfolgte durch den Österreichischen Städtebund und durch den Österreichischen Gemeindebund bzw. dessen Landesorganisationen an die jeweiligen Mitgliedsgemeinden. In die Gemeinden der Bundesländer Kärnten, Vorarlberg und Tirol wurden die Fragebögen vom KDZ verschickt. In Salzburg wurden durch den Salzburger Gemeindeverband nur jene 38 Gemeinden angeschrieben, von denen bekannt war, daß sie Partnerschaften pflegen.

Nach Bundesländern betragen die Rücklaufquoten:

Bundesland (BL)	Anzahl der Gemeinden im BL	Gemeinden, die den FB retourniert haben (davon jene mit Partnerschaften)	Rücklaufquote (in Prozent)
Burgenland	170	22 (12)	13
Niederösterreich	572	75 (50)	13
Oberösterreich	445	83 (68)	15
Salzburg	119	22 (17)	19
Tirol	279	142 (49)	51
Vorarlberg	96	28 (6)	29
Kärnten	132	63 (40)	48
Steiermark	543	49 (38)	9
Österreich	2.356	484 (280)	21

Quelle: KDZ-Fragebogenerhebung; Anmerkungen: FB = Fragebogen; der Fragebogen wurde an die Mitgliedsgemeinden des Österreichischen Städtebundes (d.s. 225) und des Österreichischen Gemeindebundes (d.s. rund 2.300) versendet; im Bundesland Salzburg wurden nur jene Gemeinden angeschrieben, von denen dem Salzburger Gemeindeverband bekannt war, daß diese Partnerschaften pflegen; an die Gemeinde Wien erging kein Fragebogen (Partnerschaften pflegen nur einzelne Wiener Gemeindebezirke); Gebietsstand: 1.1.1997

Geographische Verteilung der Partnerschaften auf die Zielländer

Tabelle 1: Verteilung der österreichischen Partnerschaften auf die Gemeinden in den Nachbarstaaten Österreichs

Staaten	Anzahl der Partnerschaften	Prozent der Partnerschaften
Deutschland	339	47
Italien	87	12
Schweiz	16	2
Slowakei	6	1
Slowenien	15	2
Tschechien	38	5
Ungarn	49	7
Rest (Nicht-Nachbar-Staaten)	169	24
Summe	719	100

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen, Listen und Verzeichnisse des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes

Erwartungsgemäß entfällt beinahe die Hälfte aller österreichischer Partnerschaften auf die Bundesrepublik Deutschland. An zweiter Stelle liegt Italien, gefolgt von Ungarn und Tschechien; Verbindungen, die wohl bis in die k.u.k. Monarchie reichen, werden wieder hergestellt und neue geknüpft.

Tabelle 2: Verteilung der Partnerschaften auf die österreichischen Bundesländer und auf die Gemeinden in den österreichischen Bundesländern; durchschnittliche Anzahl der Partnerschaften je Gemeinde mit Partnerschaften

Bundesländer	Anzahl der Partnerschaften	Prozent der Partnerschaften	Anzahl der Gemeinden mit Partnerschaften	Anzahl der Gemeinden im Bundesland	Prozentanteil der Gemeinden mit Partnerschaften im Bundesland	durchschnittl. Anzahl der Partnerschaften je Gemeinde mit Partnerschaften
Wien	9	1	*9	(*23) 1	39	1,00
Burgenland	30	4	24	170	14	1,25
Niederösterreich	136	19	94	572	16	1,45
Oberösterreich	116	16	86	445	19	1,35
Salzburg	60	8	35	119	29	1,71
Tirol	122	17	88	279	32	1,39
Vorarlberg	22	3	17	96	18	1,29
Kärnten	136	19	69	132	52	1,97
Steiermark	88	12	65	543	12	1,35
Österreich	719	100	487	2.357	20	1,48

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen; Listen und Verzeichnisse des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes; Gebietsstand: 1.1.1997; * für die Berechnung: Gemeinde Wien = 23 Wiener Gemeindebezirke

Die meisten Partnerschaften sind in Gemeinden der Bundesländer Niederösterreich und Kärnten (je 136) festgestellt worden. Die meisten Gemeinden mit Partnerschaften befinden sich in Niederösterreich, Tirol und Oberösterreich. In Kärnten pflegen über die Hälfte aller Gemeinden Partnerschaften, in Tirol und Salzburg sind es ein rundes Drittel der Gemeinden. In Kärnten kommen auf eine Gemeinde, die partnerschaftliche Kontakte mit ausländischen Gemeinden pflegt, durchschnittlich 1,97 Partnerschaften, für die Salzburger Gemeinden liegt dieser Wert bei 1,71. Österreich-Durchschnitt ist 1,48.

Tabelle 3: Verteilung der österreichischen Partnerschaften auf die Zielländer

Staaten	Anzahl der Partnerschafte n	Prozent der Partnerschafte n
Deutschland	339	47
Italien	87	12
Ungarn	49	7
Frankreich	41	6
Tschechien	38	5
Japan	28	4
Schweiz	16	2
Slowenien	15	2
USA	11	2
Niederlande	7	1
Rumänien	7	1
Belgien	6	1
Luxemburg	6	1
Slowakei	6	1
Spanien	6	1
Kroatien	5	1
Nicaragua	5	1
United Kingdom	5	1
Dänemark	4	1
Finnland	3	0,4
Schweden	3	0,4
Cabo Verde	2	0,3
Israel	2	0,3
Polen	2	0,3
Rußland	2	0,3

Tansania	2	0,3
Ukraine	2	0,3
Volksrepublik China	2	0,3
Weißrußland	2	0,3
Australien	1	0,1
Bosnien-Herzegowina	1	0,1
Bulgarien	1	0,1
Chile	1	0,1
Georgien	1	0,1
Griechenland	1	0,1
Liechtenstein	1	0,1
Litauen	1	0,1
Mexiko	1	0,1
Norwegen	1	0,1
Peru	1	0,1
Republik Korea	1	0,1
Tadschikistan	1	0,1
Tunesien	1	0,1
Türkei	1	0,1
Uganda	1	0,1
Summe	719	*101,8

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen; Listen und Verzeichnisse des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes; * rundungsbedingt

Die Gemeinden Österreichs bevorzugen eindeutig (zu 47 Prozent) Partnerschaften mit der Bundesrepublik Deutschland; dies liegt wohl an der gleichen Sprache. Mit Gemeinden in Italien sind 87 Partnerschaften eingegangen worden, mit Gemeinden in Ungarn 49, in Frankreich 41 und in Tschechien 38. Mit japanischen Gemeinden wurden 28 partnerschaftliche Beziehungen erhoben. Jeweils über 10 Partnerschaften entfallen auf Gemeinden in der Schweiz, in Slowenien und in den USA.

Verteilung der Partnerschaften hinsichtlich der Einwohnerzahlen in den österreichischen Bundesländern und Gemeinden sowie hinsichtlich der Gemeindegrößenklassen

Tabelle 4: Verteilung der Partnerschaften auf die österreichischen Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklassen nach Einwohnern	Anzahl der Gemeinden je Einwohnergrößenklasse (1)	Anzahl der Gemeinden mit Partnerschaften je Einwohnergrößenklasse (2) *	Prozentsatz (2) von (1)
bis 1500 EW	1.169	123	11
1500 bis 2500 EW	606	102	17
2500 bis 5000 EW	381	133	35
5000 bis 10000 EW	130	67	52
10000 bis 50000 EW	60	49	82
über 50000 EW *	15	13	87
Summe	2.361	487	21

Quelle: KDZ-Fragebögen, Listen und Verzeichnisse des ÖStB, VZ 1991; Gebietsstand: 1996;
 Anmerkung: * Für die Zwecke dieser Berechnungen wurden den Klassen(werten) jene, jeweils nach den Einwohnerzahlen entsprechenden Wiener Gemeindebezirke mit Partnerschaften (d.s. in Summe 9 Bezirke) zugezählt.

Größere Gemeinden pflegen häufiger internationale Gemeindepartnerschaften als Kleingemeinden bis 2.500 Einwohner. Über 80 Prozent aller Gemeinden über 10.000 Einwohner (einzelne Wiener Bezirke eingeschlossen) haben Partnerschaften.

Tabelle 5: Verteilung der Partnerschaften auf die Einwohner in den österreichischen Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklassen nach Einwohnern	Summe der Einwohner in den Gemeinden je Einwohnergrößenklasse (1)	Summe der Einwohner in den Gemeinden mit Partnerschaften je Einwohnergrößenklasse (2) *	Prozentsatz (2) von (1)
bis 1500 EW	1.058.322	128.083	12
1500 bis 2500 EW	1.170.055	202.096	17
2500 bis 5000 EW	1.267.161	460.212	36
5000 bis 10000 EW	847.819	449.448	53
10000 bis 50000 EW	962.962	827.622	86
über 50000 EW	2.489.467	1.284.503	52
Summe	7.795.786	3.351.964	43

Quelle: KDZ-Fragebögen, Listen und Verzeichnisse des ÖStB, VZ 1991; Gebietsstand: 1996;

Anmerkung: * Für die Zwecke dieser Berechnungen wurden den Klassen jene, jeweils nach den Einwohnerzahlen entsprechenden Wiener Gemeindebezirke mit Partnerschaften (d.s. in Summe 9 Bezirke) zugezählt.

43 Prozent aller Einwohner Österreichs haben die Möglichkeit, bei der Gestaltung einer mit ihrer Wohnsitzgemeinde bestehenden internationalen Partnerschaft Einfluß zu nehmen. In Klein- und Mittelstädten steigt dieser Prozentsatz auf beachtliche 86. In Kleingemeinden bis 2.500 Einwohner haben diese Möglichkeit nur etwa ein Achtel der Bevölkerung.

Tabelle 6: Verteilung der Partnerschaften auf die Einwohner in den österreichischen Bundesländern

Bundesland	Anzahl der Einwohner im jeweiligen Bundesland (1)	Anzahl der Einwohner in Gemeinden mit Partnerschaften (2)	Prozentsatz (2) von (1)
Wien*	1.539.848	550.976	36
Burgenland	270.880	65.952	24
Niederösterreich	1.473.813	567.884	39
Oberösterreich	1.333.480	563.630	42
Salzburg	482.365	154.982	32
Tirol	631.410	383.264	61
Vorarlberg	331.472	151.949	46
Kärnten	547.798	398.655	73
Steiermark	1.184.720	514.672	43
Österreich	7.795.786	3.351.964	43

Quelle: KDZ-Fragebögen, Listen und Verzeichnisse des ÖStB, VZ 1991; Gebietsstand: 1996; * für die Zwecke dieser Berechnung: Gemeinde Wien = 23 Wiener Gemeindebezirke

Fast drei Viertel aller Kärntner und zwei Drittel aller Tiroler wohnen in einer Gemeinde, die internationale Partnerschaftskontakte unterhält. Rund jeweils zwei Fünftel aller Vorarlberger, Steirer, Ober- und Niederösterreicher wohnen in Gemeinden, in denen eine oder mehrere Gemeindepartnerschaften erhoben wurden. Im Burgenland finden knapp ein Viertel der Bürger eine bestehende Partnerschaft vor, in der sie mitwirken können.

Dauer der Partnerschaften

**Tabelle 7: Bisherige Dauer der Partnerschaften nach Bundesländern
(Absolutzahlen und in Prozent der Gemeinden mit Partnerschaften
im jeweiligen Bundesland (%))**

Bundesland	bis 5 Jahre	6 bis 15 Jahre	über 15 Jahre	k.A.	Summe
Wien*	3	6	0	0	9
%	33	67	0	0	100
Burgenland	5	11	9	5	30
%	17	37	30	17	100
Niederösterreich	11	36	58	31	136
%	8	26	43	23	100
Oberösterreich	18	36	53	9	116
%	16	31	46	8	100
Salzburg	9	16	17	18	60
%	15	27	28	30	100
Tirol	5	30	47	40	122
%	4	25	39	33	100
Vorarlberg	1	6	2	13	22
%	5	27	9	59	100
Kärnten	20	29	49	38	136
%	15	21	36	28	100
Steiermark	12	19	39	18	88
%	14	22	44	20	100
Österreich	84	189	274	172	719
%	12	26	38	24	100

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen; Listen und Verzeichnisse des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes; k.A. = keine Angabe vorhanden; * für die Zwecke der Berechnung: Gemeinde Wien = 23 Bezirke

Fast zwei Fünftel aller Gemeindepartnerschaften bestehen seit mehr als 15 Jahren. Ein Viertel der Partnerschaften ist bereits 6 bis 15 Jahre alt. Etwas mehr

als ein Zehntel der Partnerschaften wurden in den letzten Jahren gegründet. Besondere Tradition haben die Partnerschaften in den Gemeinden der Bundesländer Ober- und Niederösterreich und der Steiermark. Die Bundesländer Vorarlberg, Salzburg und Burgenland weisen die geringsten Anteile an "alten" Partnerschaften (die über 15 Jahre bestehen) auf. Der Anteil an "jungen" Partnerschaften liegt in den Bundesländern Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und der Steiermark bei jeweils rund 15 Prozent (der Partnerschaften von Gemeinden in diesem Bundesland).

Charakter der Partnerschaften

Tabelle 8: Charakter der Partnerschaften

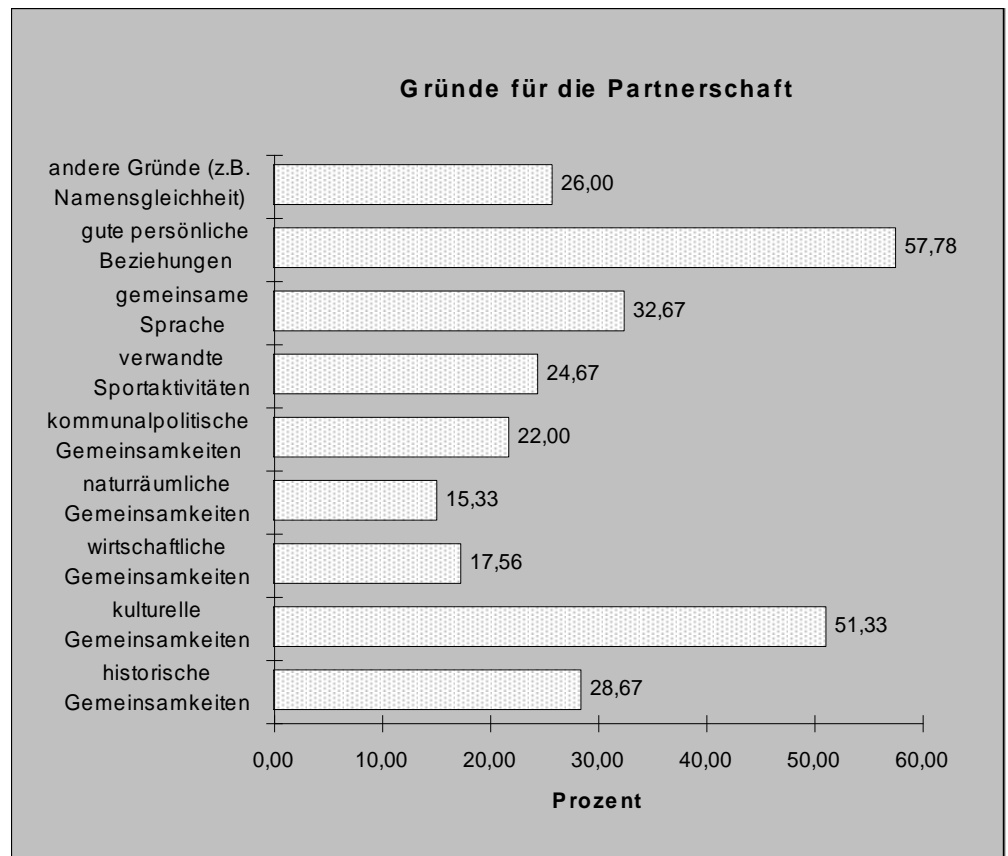
	Anzahl der Partnerschaften n	Prozent der Partnerschaften n
formelle Partnerschaften (laut FB des KDZ)	341	47
Kooperation aufgrund von Einzelabkommen (laut FB des KDZ)	10	1
informelle Zusammenarbeit (laut FB des KDZ)	56	8
k.A. bzw. Doppelnennungen (in den FB des KDZ)-> daher nicht zuordenbare Nennungen	43	6
Partnerschaften und Kooperationen nach den Listen und Verzeichnissen des ÖStB und des GdeB**	269	37
Summe	719	*99
davon "echte Partnerschaften"***	610	85

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen; Listen und Verzeichnisse des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes; Anmerkungen: FB = Fragebogen; k.A. = keine Angabe; * rundungsbedingt; ** Seitens des ÖStB wird angenommen, daß es sich bei diesen 269 internationalen Kontakten in der überwiegenden Mehrzahl um "echte" Partnerschaften, d.h. solche, die einen formellen Beschluß des Gemeinderates zugrundegelegt haben, handelt. Das KDZ schließt sich für die Zwecke gegenständlicher Auswertung dieser Auffassung an; *** Diese Größe stellt den potentiellen Maximalwert an "echten Partnerschaften" dar; real dürfte diese Größe geringer sein, da eine genaue Abgrenzung zwischen "echter Partnerschaft" und Kooperation auf Basis der vorhandenen Unterlagen nicht durchführbar war.

85 Prozent der Partnerschaften (d.s. 610, davon 341 durch KDZ-Fragebögen belegbar) sind formell mit Gemeinderatsbeschluß eingegangen. 9 Prozent können als "informelle Zusammenarbeit bzw. Einzelkooperation" bezeichnet werden.

Gründe der Gemeinden für die Partnerschaften

Abbildung 1: Als Gründe für das Eingehen der Partnerschaft(en) geben die Gemeinden an ...



Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen; 100 Prozent = 280 Gemeinden

Als Gründe für das Eingehen von Partnerschaften werden "gute persönliche Beziehungen" und "kulturelle Gemeinsamkeiten" besonders häufig genannt. Naturräumliche und wirtschaftliche Gemeinsamkeiten spielen als Gründe eine vergleichsweise untergeordnete Rolle.

Tabelle 9: Initiatoren der Partnerschaft(en) in den Gemeinden

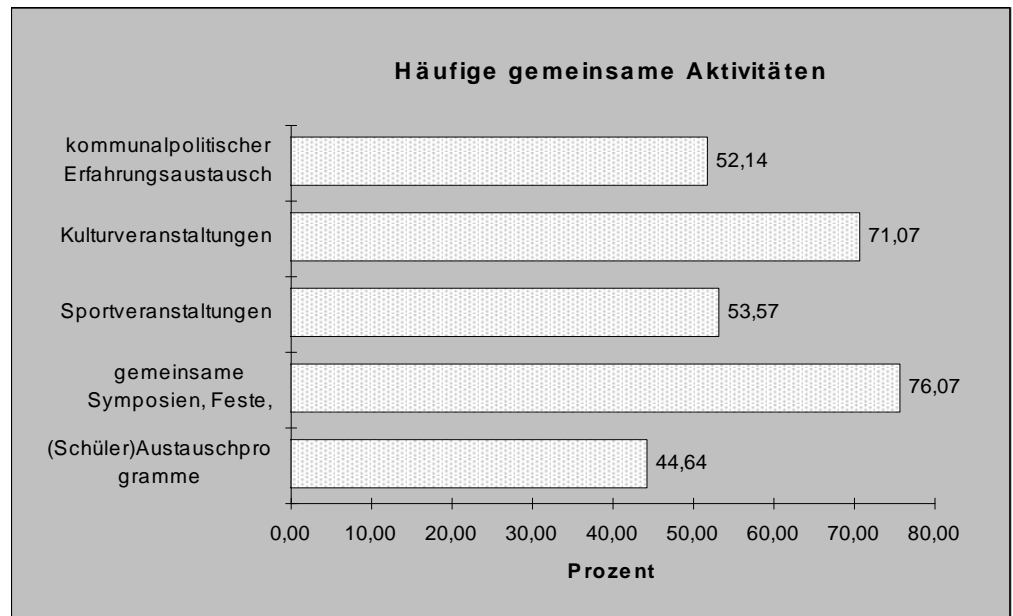
Die Partnerschaft(en) wurde(n) initiiert von ...	Anzahl der Gemeinden	Prozent der Gemeinden
Politikern	309	69
einzelnen Gemeindebürgern	120	27
lokalen Gruppierungen, Vereinen	181	40

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen; Mehrfachnennungen waren möglich; 100 Prozent = 450 Partnerschaften (in 280 Gemeinden)

Die meisten Partnerschaften werden von Politikern initiiert, Vereine sind in 40 Prozent der Partnerschaften mit eine treibende Kraft. Rund ein Viertel der Partnerschaften geht auf die Initiative einzelner Gemeindebürger zurück.

Gemeinsame Aktivitäten

Abbildung 2: Als häufige gemeinsame Aktivitäten nennen die Gemeinden ...



Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen; 100 Prozent = 280 Gemeinden

Gemeinsame gesellschaftliche und kulturelle Aktivitäten stehen bei den Partnerschaften im Vordergrund, Sport und Schüleraustauschprogramme haben ebenso ein starkes Gewicht. In über der Hälfte der Partnerschaften findet auch ein reger kommunalpolitischer Erfahrungsaustausch statt.

Tabelle 10: Häufigkeit der gemeinsamen Aktivitäten

Im Zuge der Partnerschaft(en) setzen die Gemeinden ...	Anzahl der Gemeinden	Prozent der Gemeinden
mehr als 10 Aktivitäten pro Jahr	21	8
5 bis 10 Aktivitäten pro Jahr	29	10
2 bis 5 Aktivitäten pro Jahr	129	46
1 Aktivität pro Jahr	67	24
weniger als 5 Aktivitäten in den letzten 5 Jahren	34	12
Summe	280	100

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen

In fast drei Viertel aller Gemeinden werden die Partnerschaften durch maximal 5 Aktivitäten pro Jahr belebt. Nur in 12 Prozent der Gemeinden sind die gemeinsamen Aktivitäten recht selten geworden.

Ausgaben für die Partnerschaften und deren Träger; Förderungen durch die EU

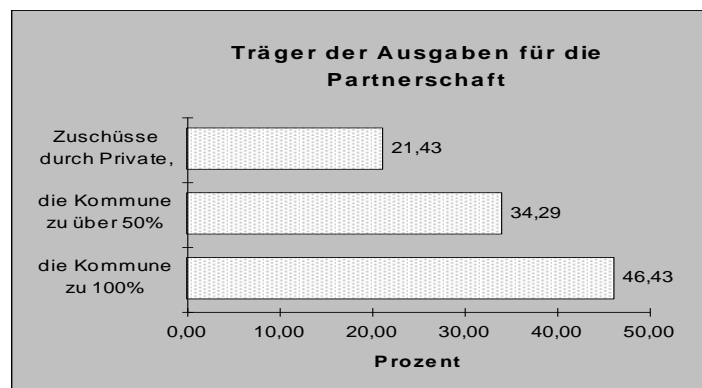
Tabelle 11: Durch die Gemeinden getragene Ausgaben für die Partnerschaft(en) im Jahr 1995 in Schilling (ATS)

Für die Partnerschaft(en) gaben die Gemeinden im Jahr 1995 aus:	Anzahl der Gemeinden	Prozent der Gemeinden
bis 50.000	172	61
50.000 bis 100.000	60	21
100.000 bis 200.000	18	6
200.000 bis 500.000	13	5
mehr als 500.000	8	3
keine Angabe	10	4
Summe	280	100

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen

In 82 Prozent der Gemeinden wurden im Jahr 1995 für die Partnerschaften bis maximal S 100.000.- aufgewendet; das Gros der Gemeinden plante im Jahr 1995 für Partnerschaften bis zu S 50.000,-- an Ausgaben ein. Nur 3 Prozent der Gemeinden ließen sich 1995 "die kommunale Außenpolitik" mehr als eine halbe Million Schilling kosten.

Abbildung 3: In den Gemeinden tragen die Gesamtausgaben für die Partnerschaft(en) ..



Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen; 100 Prozent = 280 Gemeinden

In beinahe 50 Prozent der Fälle trägt die Gemeinde die Ausgaben zur Gänze. Private Zuschüsse bei Partnerschaften sind nur in etwas mehr als einem Fünftel der Gemeinden an der Tagesordnung.

Abbildung 4: Von der Förderbarkeit von Aktivitäten im Rahmen von Partnerschaften durch die EU hatten die Gemeinden zum Zeitpunkt der Fragebogenerhebung Kenntnis ...

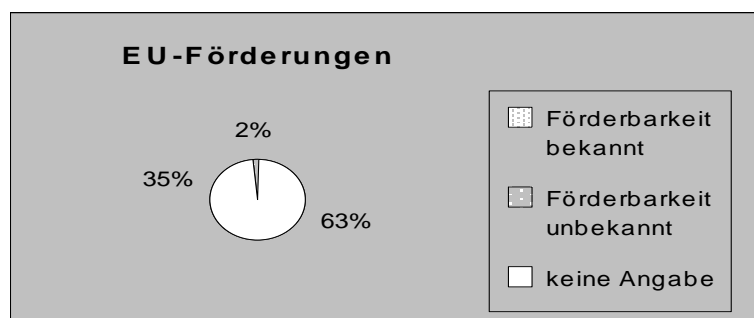


Tabelle 12: EU-Förderungen

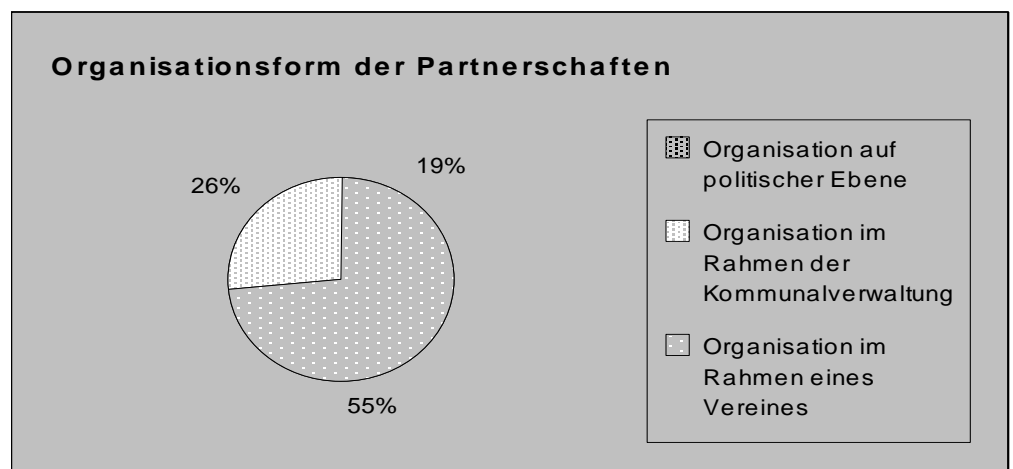
	Anzahl der Gemeinden	Prozent der Gemeinden
Förderbarkeit bekannt	178	64
Förderbarkeit unbekannt	97	35
keine Angabe	5	2
Summe	280	*101
	Anzahl der Gemeinden	Prozent der Gemeinden
bereits Förderungen beansprucht	14	5
noch keine Förderungen beansprucht	263	94
keine Angabe	3	1
Summe	280	100

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen; * rundungsbedingt

64 Prozent der Kommunen ist die Förderbarkeit von Gemeindepartnerschaften durch die Europäische Union bekannt; nur 5 Prozent (d.s. 14) der Gemeinden haben bisher eine Förderung der EU in Anspruch genommen.

Organisation der Partnerschaften; Zeitaufwand von Politik und Verwaltung

Abbildung 5



Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen; 100 Prozent = 280 Gemeinden

Mehr als die Hälfte der Gemeinden hat ihre Partnerschaften im Rahmen der Verwaltung organisiert, rund ein Fünftel auf politischer Ebene. Ein Viertel der Gemeinden gliedert die Organisation von Partnerschaften in einen Verein aus.

Tabelle 13: Zeitaufwand 1995 von Politik und Verwaltung

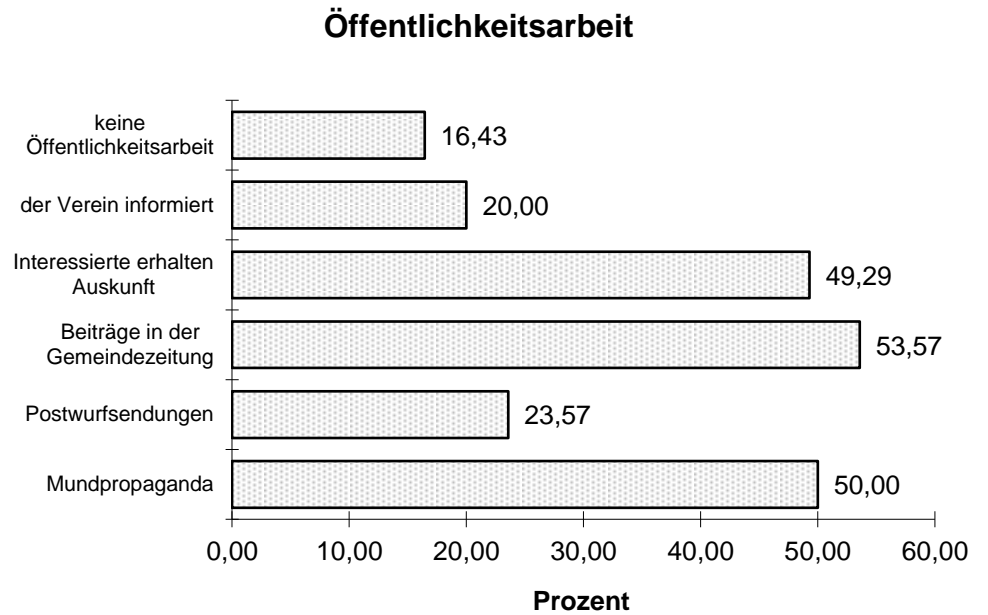
Politik	Anzahl der Gemeinden	Prozent der Gemeinden
bis 3 Tage	91	33
4 bis 5 Tage	67	24
über 5 Tage	85	30
keine Angabe	37	13
Summe	280	100
Verwaltung	Anzahl der Gemeinden	Prozent der Gemeinden
bis 3 Tage	104	37
4 bis 5 Tage	35	13
über 5 Tage	63	23
keine Angabe	78	28
Summe	280	**101
Durchschnitte		Arbeitstage
Durchschnitt Politik		6,36
Durchschnitt Verwaltung		*12,32

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen; * In den Fragebögen waren Absolutwerte einzutragen; die Klassifizierung erfolgte erst in der Auswertung. Der hohe Durchschnittswert geht zu einem beträchtlichen Teil zurück auf die Partnerschaftsarbeit einiger Landeshauptstädte mit vielen Partnerschaften (und daher erheblichem Mehraufwand und Zeitbedarf in der Verwaltung): z.B.: 200 Tage in St. Pölten, 226 Tage in Linz, 800 Tage in Klagenfurt (weilers: 70 Tage in Villach, 100 Tage in Steyr); ** rundungsbedingt

Der durchschnittliche (arithmetisches Mittel) Zeitaufwand im Jahr 1995 war für die Politiker nur etwa halb so groß wie für die Verwaltung; nämlich 6 zu 12 Tage.

Öffentlichkeitsarbeit, Akzeptanz und Mitarbeit der Bevölkerung

Abbildung 6



Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen; 100 Prozent = 280 Gemeinden

Aktiv informiert über die Partnerschaften werden die Bürger durch Beiträge in der Gemeindezeitung (in mehr als 50 Prozent der Gemeinden wird dieses Medium genutzt), in einem Viertel der Gemeinden konzipiert man eigens Postwurfsendungen. Ein Fünftel der Gemeinden "delegiert" die Information der Bevölkerung an Vereine (Bei dieser Frage waren Mehrfachankreuzungen möglich, in vielen Gemeinden werden zur Öffentlichkeitsarbeit mehrere "Kanäle" genutzt.).

Zur Information der Bevölkerung über Aktivitäten im Zuge von Partnerschaften setzt die Hälfte der Gemeinden auf Mundpropaganda. Sehr häufig wird auch die Ansicht vertreten, Interessierte könnten nachfragen und erhielten die gewünschten Auskünfte. Mehr als ein Achtel der Gemeinden gibt an, überhaupt keine Maßnahmen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit für Partnerschaften zu setzen.

Abbildung 7

Akzeptanz der Partnerschaften



Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen; 100 Prozent = 280 Gemeinden

Nicht ganz ein Fünftel der Gemeinden erklärt, die Partnerschaften würden von der Bevölkerung in großem Maß akzeptiert. Ein ebenso großer Anteil schätzt die Akzeptanz als gering ein. Beinahe zwei Drittel der Gemeinden geben für die Akzeptanz in der Bevölkerung "mittel" an.

Tabelle 14: Mitarbeit der Bevölkerung

	Anzahl der Gemeinden	Prozent der Gemeinden
Bereitschaft zur Mitarbeit ist hoch	18	6
Mitarbeit bei einzelnen Projekten rege	138	49
Bürger müssen erst dafür interessiert werden	46	16
Bevölkerung macht wenig mit	78	28
Summe	280	*99

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen; * rundungsbedingt

In fast der Hälfte der untersuchten Gemeinden ist die Bereitschaft der Bevölkerung in bezug auf eine Mitarbeit bei einzelnen, konkreten Projekten rege. In etwas mehr als einem Viertel der Gemeinden muß die Bevölkerung noch besser motiviert werden.

Generelle Einschätzung und Zukunft der Partnerschaften

Tabelle 15: Mögliche Vertiefungsbereiche für die Partnerschaften in Zukunft

Vertiefungsbereiche	Anzahl der Gemeinden	Prozent der Gemeinden
Wirtschaft	81	29
Tourismus	158	56
Kultur	161	58
Sport	120	43
Bildung	53	19
Natur/Umwelt	57	20
Geschichte	44	16
Politik	36	13

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen; Mehrfachankreuzungen waren möglich

Kultur, Tourismus und Sport werden als neue bzw. intensiver zu gestaltende Bereiche genannt, wenn nach der Zukunft der Partnerschaften gefragt wird. "Abgeschlagen" rangiert die Politik mit 12 Prozent. In einem Fünftel der Gemeinden ergibt sich ein neuer Vertiefungsbereich "Natur/Umwelt".

Tabelle 16: Einschätzung der Qualität der Partnerschaften generell

Einschätzung	Anzahl der Gemeinden	Prozent der Gemeinden
sehr gut	45	16
ausreichend entwickelt	51	18
noch ausbaufähig	154	55
anfangs gut, heute ruhend	22	8
war nie wirklich entwickelt	8	3
Summe	280	100

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen

Tabelle 17: Sehr gut/ausreichend entwickelte Partnerschaften nach Bundesländern

Bundesland	Anzahl der Gemeinden mit Partnerschaften gemäß KDZ-Fragebögen (1)	Anzahl der Gemeinden mit sehr gut/ausreichend entwickelten Partnerschaften (2)	Prozentsatz (2) von (1)
Burgenland	12	1	8
Niederösterreich	50	21	42
Oberösterreich	68	17	25
Salzburg	17	7	41
Tirol	49	15	31
Vorarlberg	6	2	33
Kärnten	40	13	33
Steiermark	38	20	53
Österreich	280	96	34

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen

Das Gros der Gemeinden sieht ihre Partnerschaften als "noch ausbaufähig"; Partnerschaften, die "nur auf dem Papier" bestehen, sind anteilmäßig gering vertreten; allerdings ist zu berücksichtigen, daß nur knapp zwei Drittel der Gemeinden mit Partnerschaften den Fragebogen retourniert haben und unter den Nicht-Antwortenden der Anteil der Gemeinden mit wenig entwickelten Partnerschaften höher sein könnte. Über die wenigsten gut bzw. ausreichend entwickelten Partnerschaften verfügt man im Burgenland und in Vorarlberg. Die meisten "Musterpartnerschaften" gibt es in Niederösterreich und der Steiermark (Besonders zu erwähnen wäre hier, daß es sich - wie im übrigen bei allen Fragen - um Einschätzungen i.d.R. eines/r Gemeindebediensteten handelt.). In Summe: 34 Prozent (d.s. 96) der 450 vom KDZ per Fragebogen erhobenen Partnerschaften erweisen sich als sehr gut bzw. ausreichend entwickelt.

Tabelle 18: Interesse an weiteren Partnerschaften

	Anzahl der Gemeinden	Prozent der Gemeinden
mit Städten/Gemeinden in der EU	33	12
weltweit	6	2
mit Städten/Gemeinden der Reformstaaten des Ostens	5	2
kein Interesse	218	78
keine Angabe	18	6
Summe	280	100

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen

Tabelle 19: An weiteren Partnerschaften interessierte Gemeinden nach Bundesländern

Bundesland	Anzahl der Gemeinden
Niederösterreich	4
Burgenland	2
Oberösterreich	5
Salzburg	3
Tirol	12
Vorarlberg	0
Kärnten	12
Steiermark	6
Summe	44

Quelle: Angaben der Gemeinden in den KDZ-Fragebögen

Mehr als drei Viertel der Gemeinden mit Partnerschaften sind an keinen weiteren Partnerschaften interessiert. 12 Prozent der Gemeinden könnten sich allenfalls noch weitere Partnerschaften mit dem EU-Ausland vorstellen. Das Interesse an

“Ost-Partnerschaften” ist mit weniger als einem Fünfzigstel verschwindend gering.

Die meisten an weiteren Partnerschaften interessierten Gemeinden gibt es in Kärnten und Tirol (jeweils 12), gefolgt von der Steiermark (6) und Oberösterreich (5), in Niederösterreich, Salzburg und im Burgenland ist das Interesse geringer. In Vorarlberg möchte keine Gemeinde (die bereits eine Partnerschaft eingegangen ist) eine weitere Verbindung knüpfen.

4 Analyse

4.1 "Die typische Gemeindeparterschaft" als Ergebnis der Erhebung

Aus den häufigsten Antworten soll das Bild einer "typischen österreichischen Gemeindeparterschaft" gezeichnet werden. Folgende Merkmale treffen auf den Großteil der Parterschaften zu:

"Die typische Parterschaft"

- erstreckt sich auf die Gemeinden einiger EU-Länder, Ungarns und Tschechiens,
- hat einen formellen Gemeinderatsbeschuß zugrunde,
- wurde geschlossen wegen guter persönlicher Beziehungen, verwandter Kultur, gemeinsamer Sprache und/oder sportlicher Interessen.
- wurde von der Kommunalpolitik oder von örtlichen Vereinen initiiert,
- wird gepflegt auf Basis von Kulturveranstaltungen, Sportaktivitäten, Austauschprogrammen (Schüler, Vereine) und/oder Feiern/Festen.
- Die Aktivitäten finden zwei- bis fünfmal pro Jahr statt.
- Für die Parterschaft werden etwa S 50.000.- pro Jahr ausgegeben.
- Es wurden noch keine EU-Mittel beantragt, die Förderbarkeit ist aber bekannt.
- Die Kosten werden von der Kommune getragen.
- Die Parterschaft ist im Rahmen der Gemeindeverwaltung organisiert.
- Die Öffentlichkeitsarbeit für die Parterschaft wird über die Gemeindezeitung und über Mundpropaganda betrieben.
- Die Akzeptanz durch die Bevölkerung wird als "mittel" eingeschätzt.
- Bei jenen Projekten, die in der Bevölkerung große Akzeptanz finden, ist die Mitarbeit der Bevölkerung rege.
- Als Vertiefungsbereiche werden vor allem Kultur, Sport und/oder Tourismus genannt.
- Die Parterschaft wird als ausbaufähig eingeschätzt.
- Bei Gemeinden mit Parterschaften besteht größtenteils kein Interesse an weiteren Parterschaften.

4.2 Einschätzung der Partnerschaften durch die Gemeinde

Aus der Beantwortung der Fragebögen ergeben sich recht unterschiedliche Bewertungen der Partnerschaft; inhaltlich zusammengefaßt lassen sich folgende Einschätzungen wiedergeben:

- Größere Entfernungen zwischen den Partnergemeinden erweisen sich als Hindernis für intensivere Kontakte und einen an sich erwünschten weiteren Ausbau der Partnerschaft.
- Für die Pflege von Beziehungen, die über rein offizielle Anlässe hinausgehen, erweist sich eine unterschiedliche Sprache als Problem.
- Vertiefung bzw. Ausbau der Partnerschaft stößt an finanzielle Grenzen.
- Beklagt wird die im allgemeinen eher geringe Akzeptanz in der Bevölkerung; nur bei Einzelprojekten, die die Bevölkerung interessieren, ist die Mitarbeit der Bürger rege.
- Zu den häufig genannten Problemen zählt auch die Klage über zu wenig Zeit für mehr Aktivitäten bzw. über den Zeitaufwand für die bestehenden Aktivitäten.
- Bei der Wahl der Organisationsform der Partnerschaft werden zwei Gründe in den Vordergrund gestellt: Die Gemeinde als Träger der Partnerschaft hat den Vorteil einer zentralen Anlaufstelle, sie verfügt über den notwendigen Verwaltungsapparat und die Büroinfrastruktur; durch direkte Ansprechpartner auf politischer und administrativer Ebene können Aktivitäten gezielt vorbereitet werden. Hingegen wird einem Verein als Träger mehr Flexibilität insgesamt bei der Gestaltung und Abwicklung der Kontakte zugeschrieben; außerdem glaubt man, daß durch einen Verein eine breitere Akzeptanz in der Bevölkerung bewirkt wird.
- Perspektiven für die eigene Partnerschaft: Daß Ausbau und Vertiefung der bestehenden Partnerschaft(en) erwünscht sind, wurde bereits erwähnt. Die Schwerpunkte werden vor allem in der Ausrichtung auf die Jugend in den Partnerstädten, in der Belebung von Kultur und Tourismus durch

zahlreichere Besuche und Austauschprogramme, in der Förderung von gegenseitigem Verstehen und Toleranz, im Versuch zu verbessertem Erfahrungsaustausch und damit verbundenen Lösungsversuchen gemeinsamer Probleme und in der Förderung von globalem Denken in Zusammenhängen gesehen.

5 Förderung von Gemeindeparterschaften

5.1 Die Förderung von Gemeindeparterschaften durch die EU

Aus der Fragebogenerhebung geht hervor, daß 64 Prozent der Gemeinden die Förderungsmöglichkeit durch die EU kennen, aber nur 5 Prozent bisher Förderungsmittel in Anspruch genommen haben.

Grundsätzlich kann jede Gemeinde einen Antrag stellen, wenn eine Partnerschaftvereinbarung entweder in Form eines unterzeichneten Partnerschaftsvertrages oder als Gemeinderatsbeschluß besteht. Für die Förderung eines Gründungstreffens genügt auch eine entsprechende Absichtserklärung.

Von der EU gefördert werden Partnerschaften zwischen Gemeinden aus einem EU-Land mit Gemeinden in einem anderen EU-Land, ferner Partnerschaften, die engere Kontakte von Gemeinden der EU mit Gemeinden in Mittel- und Osteuropa zum Ziel haben, sowie mit Gemeinden Zyperns und Maltas. Nicht förderbar sind Partnerschaften mit außereuropäischen Gemeinden, etwa in Japan oder Nordamerika. Je Gemeinde bzw. Partnerschaft und Jahr kann jeweils nur ein Zuschuß gewährt werden.

Besonders förderungsfähig sind Maßnahmen, wenn es sich handelt um:

- Austauschmaßnahmen zur Vorbereitung und Bildung neuer Partnerschaften,
- multilaterale Austauschmaßnahmen, an denen Gemeinden mehrerer Länder beteiligt sind,
- Austauschmaßnahmen zwischen Partnergemeinden, die durch ihre geographische Lage benachteiligt sind (große Entfernung zwischen den Gemeinden, Randlage, Insellage),
- Austauschmaßnahmen zwischen Gemeinden mit geringer Einwohnerzahl,
- Austauschmaßnahmen für Jugendliche bis 18 Jahre,
- Austauschmaßnahmen, die einem bestimmten Thema gewidmet sind und eine besondere inhaltliche Vorbereitung erfordern (z.B. Umweltschutz, Bildungsfragen, wirtschaftliche Entwicklung) oder einen klaren Europabezug haben,
- die Teilnahme einer großen Anzahl von Personen aus den Partnergemeinden,

- das Begehen eines Jahrestages der Partnerschaft mit einer bedeutenden lokalen Beteiligung.

Nicht gefördert werden:

- Maßnahmen, die im Rahmen anderer Gemeinschaftsprogramme gefördert werden können,
- Maßnahmen zwischen Gemeinden unter 250 km Entfernung voneinander,
- Maßnahmen mit weniger als zehn Teilnehmern je eingeladenen Gemeinde,
- Maßnahmen mit rein touristischer, folkloristischer oder kommerzieller Ausrichtung sowie Vergnügungsreisen,
- Maßnahmen, an denen hauptsächlich Gemeindemandatäre oder Gemeindebedienstete teilnehmen.
- Maßnahmen von Gemeinden, die im selben Jahr bereits eine Beihilfe der EU für eine Begegnung am selben Ort mit derselben Partnergemeinde erhalten haben.

Die EU gewährt Zuschüsse zu Veranstaltungskosten der Gastgebergemeinde (Anmieten von Räumen, Besuche, Betreuungen u.ä.) und zu Fahrtkosten der Teilnehmer aus der eingeladenen Gemeinde.

Die Berechnung des Zuschusses für die Veranstaltungskosten erfolgt auf der Grundlage einer Prüfung des Antrags anhand qualitativer Kriterien (z.B. Europabezug, Inhalt, Thema und Originalität der geplanten Aktion) und quantitativer Kriterien (Anzahl der Teilnehmer, Entfernung usw.). Wird auf diese Art ein Betrag von weniger als 500 ECU ermittelt, so wird kein Zuschuß gewährt. Der Höchstbetrag für den Zuschuß liegt bei 15.000 ECU und ist auf zwei Drittel der Veranstaltungskosten begrenzt. Die Höhe des Zuschusses zu den Beförderungskosten der Teilnehmer aus der eingeladenen Gemeinde errechnet sich nach der Lage der jeweiligen Gemeinde und beträgt höchstens 0,04 ECU (rund 54 Groschen) pro Person und Kilometer, in bestimmten Fällen 0,02 ECU (rund 27 Groschen).

Neben diesen Förderungen, die auf Austauschprogramme für Bürger im Rahmen bestehender oder geplanter Gemeindeparterschaften gerichtet sind, gibt es noch EU-Förderungen für Kolloquien im Rahmen von Gemeindeparterschaften, für Fortbildungs- und Informationsseminare für die im Bereich Gemeindeparterschaften Verantwortlichen sowie für innovative Projekte (das sind innovative, europäische und beispielhafte Einzelmaßnahmen, die einen weiten Personenkreis in mehreren Ländern betreffen).

Es muß ein Antragsformular ausgefüllt werden; der Antrag muß mindestens drei Monate vor dem geplanten Termin bei der Europäischen Kommission (Generalsekretariat Bürgernahe Aktionen I - Städtepartnerschaften, Batiment Nerviens 9-2/2, 200 Rue de la Loi, B-1049 Brüssel, Tel. (32-2)295 26 85; zuständig ist Frau Barbara Lücke) gestellt werden. Den Antrag stellt immer die gastgebende Gemeinde sowohl für die Fahrtkosten der Eingeladenen als auch für die eigenen Veranstaltungskosten. Antragsteller kann nur die Gemeindeverwaltung oder ein Partnerschaftskomitee sein, auch wenn der Antrag eine von einer anderen Organisation veranstaltete Begegnung betrifft. Nach Prüfung des Antrags entscheiden die Dienststellen der EU-Kommission über die Gewährung des Zuschusses und benachrichtigen die Gemeinde noch einige Wochen vor Durchführung der Veranstaltung. Die Zahlung erfolgt nach Abschluß der Veranstaltung und Eingang der Belege bargeldlos.

5.2 Die EU-Kooperationsprogramme

Die interkommunale Zusammenarbeit von Gemeinden innerhalb der EU wird durch das Programm PACTE gefördert. Ziel sind die Entwicklung und Vertretung des Europagedankens, die Stärkung des ökonomischen und sozialen Zusammenhalts und der Austausch von Know-how. Die Kooperationsbereiche erstrecken sich auf sämtliche kommunal- und regional-relevanten Aufgaben (z.B. öffentliche Verwaltung, Stadtplanung, Wirtschaft und Energie, Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, Umwelt u.a.).

Die Zusammenarbeit zwischen Städten und Regionen in der EU und denen in Mittel- und Osteuropa, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und im Mittelmeerraum wird durch ECOS-OUVERTURE II unterstützt. Die Aktionsbereiche umfassen die Verbesserung der Arbeitsmethoden der Behörden, die Valorisierung des lokalen Wirtschaftspotentials v.a. zur Schaffung von Arbeitsplätzen, den Schutz und die Verbesserung der Umwelt sowie die Verbesserung des Marktzuganges für kleine und mittlere Unternehmen. An ECOS-OUVERTURE II-Projekten sollen zwischen drei und sieben lokalen/regionalen Gebietskörperschaften teilnehmen, die aus mindestens zwei Mitgliedstaaten der EU und mindestens einem Drittland stammen; die Hälfte der EU-Partner muß im Sinne der Ziele 1, 2, 5b oder 6 der Strukturfonds förderfähig sein.

Das TACIS-Programm hat das Ziel, die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der ehemaligen UdSSR-Teilgebiete Armenien, Aserbaidschan,

Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldawien, Rußland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan und Weißrußland sowie der Mongolei zu unterstützen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf technischer Hilfe und Know-how-Transfer. TACIS City Twinning ist ein Programm der EU zur Förderung der Zusammenarbeit von kommunalen und regionalen Behörden in der GUS bzw. der Mongolei und der EU. Im Rahmen des Programms TACIS soll die Entwicklung demokratischer Strukturen und effektiver Verwaltungseinrichtungen auf kommunaler Ebene gefördert werden.

Die Zusammenarbeit mit Städten im südlichen Mittelmeerraum wird durch das Gemeinschaftsprogramm MED-URBS gefördert.

(Näheres zu den Programmen siehe: Österreichische Raumordnungskonferenz - Hrsg.: Aktionsprogramme und transnationale Netzwerke der Europäischen Union I und II; ÖROK-Schriftenreihe Nr. 115 und 129).

Diese Programme fördern nicht den Abschluß oder die Pflege von Gemeindepартnerschaften, sondern betreffen nur die Kooperation zwischen Gemeinden, d.h. Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit in bestimmten Sachfragen bzw. bei bestimmten Projekten. Aber eine solche Kooperation ist unter Umständen der Vorläufer zu einer echten Gemeindepартnerschaft.

5.3 Das KTC im Österreichischen Städtebund

Anfang 1992 wurde beim Österreichischen Städtebund das Know-how-Transfer-Center (KTC) geschaffen, das den Aufbau föderalistischer Verwaltungsstrukturen in den mittel- und osteuropäischen Reformländern unterstützen soll und dazu österreichisches Know-how anbietet, zum einen in der Form von Studienaufenthalten von Fachleuten und/oder Politikern aus den Reformländern in Österreich, zum anderen durch Entsendung von österreichischen Experten in Städte der Reformländer. Mit Beschluß der österreichischen Bundesregierung wurden dem KTC finanzielle Mittel zugesichert, mit denen die Aktivitäten der Gemeinden im Bereich des Know-how-Transfers unterstützt werden. Nicht gefördert werden aus diesem Titel allgemeine Partnerschaftsbesuche, wie z.B. Austausch von Kultur- oder Schülergruppen (nähere Auskünfte: Österreichischer Städtebund, DI. R. Gehringer, Rathaus, 1082 Wien, Tel. 0222/4000-89991).

Auch aus einer solchen "Verwaltungs- und Politikhilfe" kann sich in weiterer Folge eine spätere offizielle Gemeindepартnerschaft entwickeln.

6 Empfehlungen für das Eingehen einer Partnerschaft

Welche Empfehlungen können einer Gemeinde gegeben werden, die erstmals eine Partnerschaft mit einer ausländischen Gemeinde eingehen möchte?

Erste Schritte:

- Ein gemeinsamer Hintergrund (historische Beziehungen, geographische Lage, Sportereignisse) erleichtert die Kontaktaufnahme.
- Als gut gangbarer Weg für eine neue Partnerschaft wird folgendes Vorgehen angesehen: Nach der Kontaktabahnung (meist durch Politiker) ist es vorteilhaft, wenn die Gemeinde als offizielle Trägerin der Partnerschaft fungiert und die Gemeindeverwaltung die Organisation übernimmt, weil es dann eine gut ausgestattete zentrale "Anlaufstelle" gibt. Die Gründung eines Vereines kann zur Entlastung der Verwaltung bei der Organisation bestimmter Aktivitäten und als sogenannte "Ideenwerkstätte" erwogen werden. Um die Partnerschaft mit Leben zu erfüllen und ihr eine möglichst breite Verankerung in der Bevölkerung zu verschaffen, ist es zweckmäßig, möglichst viele örtliche Vereine einzubinden, durch die die Bevölkerung zum Mitmachen animiert wird.
- Um der Bevölkerung die Bedeutung einer Gemeindepартнерства nahezubringen, ist es notwendig, die Menschen zu sensibilisieren. Dies geschieht am besten durch öffentliche Versammlungen, Presseberichte, informierende Rundschreiben und Plakate.

Was ist von Vorteil?

- Ähnliche oder sich ergänzende ökonomische Strukturen sind vorteilhaft.
- Die Gemeinden sollten eine vergleichbare Größe aufweisen (z.B. ähnliche Einwohnerzahlen).
- Je weiter die Möglichkeit zu gegenseitigen Besuchen und zu kulturellen, sportlichen und sonstigen Aktivitäten "nach unten" verlagert ist - das heißt, je mehr Bürger in die Partnerstadt reisen können -, desto größer werden die Akzeptanz und die Mitarbeit in der Bevölkerung sein, desto leichter wird sie

auch für neue Projekte und die Vertiefung der Partnerschaft gewonnen werden können.

Worauf soll Bedacht genommen werden?

- Große räumliche Entfernungen mögen durch die damit verbundene kulturelle Andersartigkeit zunächst reizvoll sein, wirken sich aber für einen häufigen und lebendigen Kontakt auf allen Ebenen eher hemmend aus. Solche Partnerschaften bleiben am ehesten nur auf gelegentliche gegenseitige Besuche der Kommunalpolitiker und führenden Gemeindebediensteten beschränkt und setzen sich damit sehr schnell dem Vorwurf der "vom Steuerzahler bezahlten Urlaubsreisen" aus.
- Es sollte aber darauf geachtet werden, daß die Entfernung zu einer künftigen Partnerschaftsgemeinde mehr als 250 km beträgt, da Austauschmaßnahmen zwischen Gemeinden mit geringerer Distanz gemäß den EU-Förderungsrichtlinien für Partnerschaften nicht förderungsfähig sind. In besonderer Weise bieten sich hierfür Kontakte zu Gemeinden in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas an.
- Da die EU Austauschmaßnahmen für Bürger, Kolloquien, Fortbildungs- und Informationsseminare sowie innovative Projekte im Rahmen von Gemeindepартнерства fördert, sollte schon bei der Planung einer Partnerschaft darauf gesehen werden, daß derartige Aktivitäten im "Leben" der künftigen Partnerschaft einen besonderen Stellenwert einnehmen.
- Sprachbarrieren werden häufig als Problem genannt. Wenn aber entsprechende Vorkehrungen (Dolmetsch, aber etwa auch einfache Sprachkurse für die Delegationsmitglieder) getroffen werden, sind sie an sich kein grundsätzliches Hindernis: Sie können im Gegenteil sogar Anlaß sein, in besonderer Weise Austauschprogramme zu forcieren und so zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und zu lebendigem Kontakt breiter Bevölkerungskreise beizutragen.
- Partnerschaften sollten weiters unter dem Aspekt eingegangen werden, daß es auch Möglichkeiten der besonderen beruflichen Qualifizierung gibt: Aus- und Weiterbildung durch Kontakte zwischen Berufsschulen, berufsbildenden Einrichtungen, Universitäten, Unternehmen und Redaktionen der Medien (Presse, Rundfunk, TV). Dies könnte ein Beitrag sein, vor allem Jugendlichen

die Suche nach Arbeit in einem weiteren Rahmen zu ermöglichen und zu erleichtern.

7 Beispiele für erfolgreiche Einzelaktionen im Rahmen von Gemeindepartnerschaften

Um zu zeigen, auf welcher vielfältigen Art und Weise Partnerschaftsarbeit betrieben werden kann, wurden telefonische Interviews in den Landeshauptstädten (und in Villach) mit jenen Personen geführt, die mit der Gestaltung der Partnerschaftsarbeit betraut sind. Im folgenden werden erfolgreiche Einzelaktionen kurz vorgestellt.

- **Bregenz:** Die Stadt Bregenz ist besonders im Austausch Jugendlicher engagiert. Mit Bangor (Nordirland) erfolgt ein klassenweiser Austausch von Schülern höherer Schulen, mit Akko (Israel) gibt es einen allgemeinen Austausch von Jugendlichen. Jeweils 20-25 Teilnehmer werden entweder in Jugendherbergen untergebracht oder - meist im Fall des Schüleraustausches - bei Gastfamilien.
- **Eisenstadt:** Das besondere Interesse an klassischer Musik zeichnet die Partnerschaft Eisenstadt - Shido aus. Alle drei bis vier Jahre werden Haydnfestspiele in der japanischen Partnerschaftsgemeinde veranstaltet. - Die wesentlich älteren Partnerschaften mit Bad Kissingen und Colmar sind sehr gut etabliert und laufen selbständig sehr intensiv auf privater und Vereinsebene (im Fall von Bad Kissingen reicht das "Private" bis hin zu wechselseitigen Eheschließungen). Die geographische Randlage an politischen Grenzen (Bad Kissingen nahe der ehemaligen innerdeutschen Grenze) und der Weinbau haben gemeinsame Interessen ergeben, die zu diesen intensiven Kontakten geführt haben. - Mit Sopron sind vor allem die sportlichen Aktivitäten hervorzuheben, an denen auch Wiener Neustadt als weitere Partnergemeinde von Sopron beteiligt ist.
- **Graz:** Studentenaustausch und Stipendienvergabe kennzeichnen mehrere Grazer Partnerschaften. Mit Triest besteht ein Austausch von Wirtschaftsstudenten, einer slowenischen Germanistikstudentin (Partnerstadt Maribor/Marburg) finanziert die Stadt Graz ein ganzjähriges Stipendium, und bestens funktionierend ist der Studentenaustausch zwischen der Partnerstadt Montclair (USA) und Graz, wo jeweils zwei Studierende für ein Jahr das Universitätsleben in der jeweils anderen Stadt kennenlernen. Auch ein Studierender der Musikhochschule aus Pécs erhielt ein Stipendium der Stadt Graz. - Das Engagement für Dubrovnik umfaßt u.a. die Vorbereitung eines Kindergartenprojektes, das durch die Mithilfe von Grazer Firmen und Banken

Wirklichkeit werden soll. Der Ertrag einer Benefiz-Veranstaltung im Schloß Eggenberg wurde ebenfalls Dubrovnik gewidmet, der Partnerstadt mit besonderem Symbolcharakter.

- **Innsbruck:** Als besonders erfolgreich wird die langjährige Partnerschaft mit Freiburg im Breisgau bezeichnet, wo sich ein Austausch auf praktisch allen Gebieten sehr gut eingespielt hat - begünstigt durch das Fehlen von Sprachbarrieren. Derzeit nur humanitäre Hilfe wird in den Partnerstädten Sarajewo und Tiflis (für erstere Stadt allerdings in hohem Ausmaß und auch aufgrund privater Initiative) geleistet - andere Aktivitäten ruhen aufgrund der aktuellen kriegsbedingten Notsituation.
- **Klagenfurt:** In Klagenfurt sind zwei Aktivitäten hervorstechend: zum einen die jährlichen Veranstaltungen, die sich auf die Förderung des Toleranzgedankens beziehen. So war z.B. 1996 der Toleranz von Minderheiten gewidmet. 1997 wird ein Sprachen-Projekt durchgeführt, bei dem 27 Städte (die 14 Partnerstädte Klagenfurts und weitere Kontaktstädte dieser Partnerstädte) aus 15 Ländern zusammenkommen. Es handelt sich dabei um Sprachen und Dialekte von nationalen Minderheiten in Europa (z.B. grönländisch, katalanisch etc.). Zum anderen ist das Projekt "Internationale Bergtouren" erwähnenswert: 100 bis 150 Teilnehmer aus über 20 Städten (Gemeindemandatare, Vertreter der Wirtschaft) treffen sich auf Bergwanderungen zu ungezwungenem Gedankenaustausch unter dem Motto "Auf Wegen Grenzen überschreiten". Dieses Jahr findet eine Wanderung durch Israel, Jordanien (Negev-Eilat) und Ägypten (Sinai) statt. In den vergangenen zehn Jahren wurden u.a. folgende Wanderungen durchgeführt: Fußmarsch von Klagenfurt über die Karawanken nach Laibach, über die Karnischen Alpen nach Görz; von Wiesbaden über die Rhön nach Thüringen; von Schlesien über das Riesengebirge; von Zakopane über die Hohe Tatra in die Slowakei u.a.m. Die Kosten werden von den Teilnehmern selbst getragen. Bemerkenswert ist weiters noch die humanitäre Hilfe an die Partnerstadt Duschambe, der mit der Errichtung eines Krankenhauses und der Lieferung von Medikamenten beträchtliche Unterstützung zuteil wird.
- **Linz:** Als Beispiel für die Überbrückung sehr großer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Unterschiede kann die Partnerschaft mit der Stadt Chengdu (Volksrepublik China) angesehen werden. Die 2,5 Millionen Einwohner-Stadt gilt als Hochburg für asiatische Alternativheilmethoden. Mit der Gründung der Partnerschaft im Jahr 1983 wurde Medizinstudenten,

promovierten Medizinerinnen und medizinischem Fachpersonal die Möglichkeit eröffnet, an meist einjährigen Ausbildungsprogrammen mit Schwerpunkt Akupunktur in Chengdu teilzunehmen. Im Gegenzug dazu wurde seitens des AKH Linz die Möglichkeit geschaffen, Gastärzte aus Chengdu über einen längeren Zeitraum aufzunehmen. Dabei werden die bereits vorhandenen Kenntnisse der klassischen Schulmedizin im jeweiligen Fachbereich vertieft. - Besonderes Augenmerk wird auch auf die Sprachausbildung gelegt. Studenten beider Seiten und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Chengdu nehmen regelmäßig die Möglichkeit eines Sprachaufenthaltes in Anspruch. Als besonders sinnvoll hat sich dabei erwiesen, die Teilnehmer in den Arbeitsprozeß einzubinden. Dadurch konnte die direkte Verständigung mit den Partnerschaftsverantwortlichen in Chengdu entscheidend verbessert werden. Diese gute Kommunikationsbasis zwischen den offiziellen Entscheidungsträgern wird von der Wirtschaft gerne als unterstützendes Element genutzt.

- **Salzburg:** Von den Partnerschaften der Stadt Salzburg ist vor allem Dresden wegen des regen Musikaustausches erwähnenswert. Ansonsten orientiert sich die Partnerschaftsarbeit in Salzburg flexibel "an den jeweiligen Gegebenheiten" in den einzelnen Partnergemeinden.
- **St. Pölten:** Die niederösterreichische Landeshauptstadt unterhält einige jahrzehntealte Partnerschaften, deren Schwerpunkte auf kulturellen (Jugendtheater-Festival, Konzerte, Ballett, Festspiele) und sportlichen (Judo-Sportler) Austauschprogrammen liegen. Mit der japanischen Stadt Kurashiki besteht eine Partnerschaft seit 1957, die 1997 mit Jubiläumsveranstaltungen gefeiert wird. Trotz der großen Entfernung gibt es rege gegenseitige Bemühungen, die östliche bzw. die westliche Kultur dem jeweils anderen Partner nahezubringen. Besonders erwähnenswert ist der Austausch von Arbeiten behinderter Kinder; diese Arbeiten werden in jeweils gegenseitigen Ausstellungen der Öffentlichkeit präsentiert.
- **Villach:** Zwischen der Stadt Villach und der französischen Stadt Suresnes besteht im Rahmen der Städtepartnerschaft ein erfolgreicher Schüleraustausch. Die Aktion wird direkt von den beiden Städten organisiert. Jährlich fahren durchschnittlich 20 Teilnehmer im Alter von 16-18 Jahren während der Sommerferien für 2-3 Wochen in die jeweils andere Stadt. Auf dem Programm stehen Besichtigungen ("Kultur" und "Natur") sowie sportliche Aktivitäten, die auch dem Schließen von Freundschaften dienen. Die

Unterbringung der Jugendlichen sollte idealerweise in Gastfamilien erfolgen, doch kann diesem Anspruch häufig nicht nachgekommen werden, da die Meldung der Teilnehmer aus Suresnes oft so spät erfolgt, daß in der Kürze der Zeit keine Gastfamilien mehr gefunden werden können und daher in diesem Fall die Unterbringung im Hotel erfolgt. Der Schüleraustausch besteht seit 1983; seither haben ca. 200 Schüler die jeweils andere Stadt besucht.

8 Auszeichnungen von Gemeindeparterschaften

Um Gemeinden auszuzeichnen, die sich besonders aktiv für die Verbreitung und Förderung des europäischen Gedankens eingesetzt haben (Partnerschaften, europäische Veranstaltungen, Treffen und Schüleraustausch u.ä.), verleiht die Parlamentarische Versammlung des Europarates in aufsteigender Reihe vier Auszeichnungen:

- das Europadiplom,
- die Ehrenfahne,
- die Ehrenplakette,
- den Europapreis.

Das Europadiplom

Es ist die erste Stufe bei der Auswahl der Europa-Preisträger. Im Rahmen einer offiziellen Zeremonie im Straßburger Europapalais (gewöhnlich während der Herbstsitzung der Parlamentarischen Versammlung) wird den Bürgermeistern der preisgekrönten Gemeinden eine Urkunde überreicht, auf der der Name der ausgezeichneten Gemeinde und das Jahr der Verleihung eingetragen sind.

Das Europadiplom erhielten:

1989	Wels
1990	St. Leonhard am Forst, Trieben und Wildschönau
1991	Spittal an der Drau und Trumau
1992	Neumarkt
1993	Bruck an der Mur und St. Georgen am Walde
1994	Hard
1995	Enns und St. Pölten
1997	Gurk und Liezen

Die Ehrenfahne

Die meistbegehrte Auszeichnung ist die Ehrenfahne. Sie ist Voraussetzung für die spätere Verleihung der Ehrenplakette und des Europapreises. Der preisgekrönten Gemeinde wird sie von einem Mitglied der Parlamentarischen

Versammlung im Rahmen einer von der Gemeinde organisierten Zeremonie überreicht, die einem möglichst breiten Publikum zugänglich sein soll.

Die Ehrenfahne erhielten:

1967	Mödling	1983	Schwechat
1968	Klagenfurt	1985	Alpbach und Hartberg
1970	Graz	1986	Gleisdorf, Hall in Tirol und Haus im Ennstal
1971	Kapfenberg	1987	Ringelsdorf-Niederabsdorf
1972	Feldbach und Linz	1988	Wartberg an der Krems
1973	Mayrhofen	1990	Wels
1974	Alberndorf und Villach	1991	Trieben
1975	Wiener Neustadt	1992	St. Leonhard am Forst
1977	Admont	1993	Spittal an der Drau
1978	Bad Aussee	1994	Neumarkt
1979	Schladming	1995	Hard
1980	Großarl und Kronstorf	1996	St. Pölten
1982	Obervellach	1997	St. Georgen am Walde

Die Ehrenplakette

Sie besteht aus einer Marmorplakette mit einem Bronzemedallion und trägt den Namen der preisgekrönten Stadt sowie das Jahr der Verleihung. Sie wird der preisgekrönten Stadt von einem Mitglied der Parlamentarischen Versammlung im Rahmen einer Zeremonie überreicht, zu der die Bevölkerung eingeladen ist.

Die Ehrenplakette erhielten:

1988	Wiener Neustadt
1989	Mayrhofen
1990	Linz

Der Europapreis

Diese 1955 ins Leben gerufene höchste Auszeichnung wird einer Gemeinde für ihre außergewöhnlichen Leistungen für die Verbreitung des europäischen Einigungsgedankens zuerkannt. Den Europapreis erhält nur eine Gemeinde, die

zuvor bereits mit Ehrenfahne und Ehrenplakette ausgezeichnet worden ist. Er besteht aus einer Trophäe, die ein Jahr lang in der preisgekrönten Gemeinde verbleibt, einer Bronzemedaille, einer Urkunde und einem mit 40.000 französischen Franken dotierten Stipendium, das Jugendlichen der preisgekrönten Gemeinde für eine Europareise zugute kommt. Der Preis wird durch den Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Anwesenheit des Unterausschusses für den Europapreis anlässlich eines von der Gemeinde veranstalteten "Europäischen Tages" übergeben. Die Bürgermeister werden dann vom Kongreß der Gemeinden und Regionen Europas während einer Plenartagung in Straßburg feierlich geehrt.

Den Europapreis erhielten:

1958	Wien
1964	Innsbruck
1979	Graz
1986	Klagenfurt
1994	Linz

Bewerben um eine dieser Auszeichnungen kann sich jede Gemeinde eines der Mitgliedstaaten des Europarates durch den Bürgermeister; die Bewerbung muß vor dem 31. 12. jedes Jahres an den Umweltausschuß der Parlamentarischen Versammlung beim Europarat, F-67075 Strasbourg Cedex, gerichtet werden. Die Gemeinde erhält dann einen Fragebogen, der vor dem 31. 12. zurückgeschickt werden muß.

Die Auswahl wird vom Unterausschuß für den Europapreis getroffen, der sie anschließend dem Umweltausschuß der Parlamentarischen Versammlung zwecks Billigung unterbreitet. Die auszuzeichnende Gemeinde wird umgehend von der Entscheidung unterrichtet. Sodann erhält sie ein Bestätigungsschreiben mit Vorschlägen hinsichtlich der Organisation der Zeremonie.

Eine Bewerbung ist mehrere Jahre gültig, sollte allerdings jedes Jahr vor dem 31.12. durch Informationen über die neuesten europäischen Aktivitäten der Gemeinde ergänzt werden.

Ferner werden Partnerschaften, die in besonderer Weise den Gedanken der Einigung Europas zum Ausdruck bringen, von der Europäischen Kommission seit dem Jahr 1993 mit dem "**Goldenen Stern der Partnerschaft**" gewürdigt.

Die Auswahl der Preisträger erfolgt jedes Jahr durch eine internationale Jury auf der Grundlage von Vorschlägen der Kommission und entsprechend den vorrangigen Zielen des Partnerschaftsprogramms. Alle ausgezeichneten Gemeinden werden zur Preisverleihung eingeladen, die jedes Jahr in einer anderen Stadt stattfindet. Im Jahr 1996 erhielt die Stadt Klagenfurt im italienischen Senigallia den "Goldenen Stern" für die Veranstaltung eines internationalen Jugendtreffens "Miteinander in einer friedlichen und toleranten Welt" zuerkannt.

Bibliographie

Bareth, Jean (1953): Die Gemeinde und Europa. O.O. 1953

Europäische Kommission - Generalsekretariat (Hrsg.) (1986): Die Förderung von Städtepartnerschaften durch die Europäische Kommission.
Manuskript SG/9113/96-DE

Fischer-Kramer, Dorit; Bauer, Helfried; Kopeinig, Margaretha (1988): Städtepartnerschaften mit der Dritten Welt. Hrsg. v. KDZ. Wien 1988 (Arbeitshilfen für Gemeinden, Band 10)

Gehring, Rolf (1994): Fünf Jahre Ostkooperation der österreichischen Städte. Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 11/1994, S. 33-38

Gehring, Rolf (1996): Vier Jahre Know-how-Transfer-Center beim Österreichischen Städtebund (1992 bis 1995) - eine Bilanz. Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 12/1996, S. 12-17

Gehring, Rolf (1996): Aktuelle Rahmenbedingungen für die lokalen und regionalen EU-Kooperationsprogramme PACTE und ECOS/OUVERTURE. Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 1/1996, S. 18-19

Jüngemann, Annette u.a. (Hrsg.) (1994): Gemeindepартnerschaften im Umbruch Europas. Frankfurt am Main 1994

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) (1992): Ein Europa der Städte und Gemeinden: Handbuch für Städtepartnerschaften. Luxemburg 1992

Österreichische Raumordnungskonferenz (Hrsg.): Aktionsprogramme und transnationale Netzwerke der Europäischen Union. Band I - Wien 1994 (Schriftenreihe der ÖROK Nr. 115); Band II - Wien 1996 (Schriftenreihe der ÖROK Nr. 129)

Pramböck, Erich (1992): Städtepartnerschaften und Know-How-Kooperationsnetzwerke der Städte. Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 3/1992; S. 17-20

Partnerschaften für Stabilität und Frieden. Manuskript einer Tagung am 19. Juni 1996 in Graz, veranstaltet von der Landeshauptstadt Graz, dem Österreichischen Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund

Rat der Gemeinden und Regionen Europas - Europäische Sektion der IULA (Hrsg.) (1996): Die Entwicklung der Städtepartnerschaften in den 90er Jahren. Manuskript (überarbeitete Fassung) vom 1.7.1996

Sergent, Monique (1983): Die Praxis der Städtepartnerschaften: Die Probleme und ihre Lösungen. Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 20/1993; S. 460-467

Wex, Martin (1993): Organisation von Städtepartnerschaften. Innsbruck 1993 (Diplomarbeit an der Universität Innsbruck)

50 Jahre Europäische Partnerschaftsbewegung. Brücken der Verständigung (Hefthema). Europa kommunal, Nr. 1/1997

Anhang

Der Fragebogen

Zuschußantrag "Städtepartnerschaften"